

339. Sitzungsprotokoll

Termin Montag, 15. Oktober 2012, 19.30 Uhr

Ort Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal

Vorsitz Stauffer Heinz (SVP), Präsident
1. Vizepräsidentin Kühn-Blank Christa (parteilos; Sitz Grüne)
2. Vizepräsident Lädach Markus (FDP)
1. Stimmzählerin Raymann-Ochsenbein Brigit (SP)
2. Stimmzähler Wälti Martin (SVP)

Mitglieder Seematter Adolf (EDU)

Leiser Thomas (EVP)
Suter Harry (EVP)

Blumer Jacques (FDP)
Emch Ulrich (FDP)
Jörg Peter (parteilos; Sitz FDP)
Kämpfer Erwin (FDP)
Maccaferri-Iseli Barbara (FDP)
Masciadri Monica (FDP)
Messerli Gregor (FDP)
Schwarzenbach Jürg (FDP)
Würgler Walter (FDP)

Jorio Nicola (GLP) (bis 21.45 Uhr; Traktandum Nr. 6)

von Arx Roland (Grüne)

Aebersold Daniel (SVP)
Bernhard Niklaus (SVP)
Bernhard Therese (SVP)
Gambon Albert (SVP)
Gfeller Paul (SVP)
Hirsbrunner Bruno (SVP)
Wermuth Bruno (SVP)

Büchel-Wampfler Sandra (SP)
Burkhalter-Huber Regula (SP)
Federer Guido (SP)
Le Fort Geneviève (SP)
Moser Christoph (SP)

Ramseier-Doevendans Anneke (SP)
Zeh Weissmann Heiko (SP)

Abwesend Cetin Mayk (EVP)
Fröhlich-Zysset Binia (SP)
Fröhlich Viktor (SP)
Rebsamen-Wenger Barbara (Grüne)
Seiler Philippe (Grüne)
Zimmermann Lukas (EVP)
Zimmermann-Oswald Mirja (EVP)

Gemeinderat Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident
Gimmel Jonathan
Hauser Ernst
Hubacher Peter
Kaufmann Jürg
Lanfranconi Guy
Stoll Hanspeter

Abteilungsleiter Geser Nicole, Leiterin der Polizeiabteilung
Jenzer Fritz, Leiter der Finanzabteilung
Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Stöckli Rolf, Leiter der Bauabteilung
Zaugg Werner, Leiter der Sozialdienste

Sekretär Wälti Thomas, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Protokollführerinnen Gfeller Monika, Sekretärin Präsidialabteilung
Zwahlen Nicole, Lernende Präsidialabteilung

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der Sitzung vom 10. September 2012: Genehmigung
3. Vorschau 2013: Kenntnisnahme
4. Finanzplanung 2013/17: Genehmigung
5. Voranschlag für das Jahr 2013 mit Festsetzung der ordentlichen Gemeindesteuern und der Hundetaxe: Genehmigung
6. Departement Sicherheit; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme
7. Parlamentarische Vorstösse:
 - 7.1 Motion der SVP-Fraktion betreffend Anpassung der Recycling-Sammelstellen / Angebot ergänzen
 - 7.2 Postulat der SP-Fraktion betreffend Bessere öffentliche Infrastrukturen in Rüfenacht
 - 7.3 Postulat der SP-Fraktion betreffend Integration jetzt
 - 7.4 Postulat der FDP-Fraktion betreffend Wirtschaftsstrategie Worb 2020
 - 7.5 Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Verkehrssanierung Worb - Projektelement Umgestaltung Dorfzentrum
 - 7.6 Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Kirchgemeindehaus Rüfenacht
 - 7.7 Neueingänge

Ratspräsident Stauffer Heinz: „In der Kürze liegt die Würze“. Heute Abend liegt eine lange Traktandenliste vor. Ich wäre dankbar, wenn die Voten möglichst kurz abgehalten werden.

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 339	15.10.2012	1	2009/12-404	143	12/0/0

Ratspräsident Stauffer Heinz: Die Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 10. Dezember 2012 beginnt voraussichtlich um 17.30 Uhr.

Protokoll der Sitzung vom 10. September 2012: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 339	15.10.2012	2	2009/12-405	144	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Vorschau 2013: Kenntnisnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 339	15.10.2012	3	2009/12-406	560	12/10/6

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

von Arx Roland, GPK: Die Vorschau 2013 ist übersichtlich und gut strukturiert. Zu den einzelnen Departementen hat die GPK keine speziellen Bemerkungen. Die Weiterführung der bestehenden

Projekte und Schwerpunkt ist sichergestellt. Die immer wieder erwähnten Massnahmenblätter erachten wir als sinnvoll und sie sind ein gutes Instrument. Die GPK beantragt deshalb dem GGR die Vorschau 2013 zur Kenntnis zu nehmen.

Würigler Walter, FDP: Im Namen der FDP-Fraktion danke ich allen, die diese Vorschau 2013 ausgearbeitet haben. Dieses Arbeitspapier enthält die wichtigsten Aufgaben der Gemeinde für das nächste Jahr 2013. Die vier magischen „W“: Was, wie, durch wen, bis wann zu machen ist, sind grösstenteils ersichtlich. Die FDP-Fraktion hat aber trotzdem noch vier Fragen. Die Frage eins betrifft das Departement Präsidiales, Punkt 1.4 Standortmarketing. Dort steht drin: „Auftritt bei der Eigenheimmesse 2013“. Unsere Frage: Was will die Gemeinde hier konkret anbieten? Welche Liegenschaften sind zum Verkauf anzubieten? Das ist nicht ersichtlich und uns nicht bekannt. Zur Frage zwei, auch im selben Departement, zum Punkt 1.5, Kommunikation. Dort steht: „Mitarbeit in der neu geschaffenen Arbeitsgruppe/Austauschplattform der städtischen Kommunikationsbeauftragten, (Ein Projekt im Rahmen des schweizerischen Städteverbandes).“ Was wird hier genau erarbeitet, mit welcher Zielsetzung und bis wann? Zur Frage drei, Departement Umwelt. Beim Punkt 4.1 steht im Zusammenhang Energiestadt 2013: „Gemäss OPTA Massnahme Nr. 18 ist auf das Energiestadtlabel zu verzichten.“ Etwas weiter unten können wir dem Text entnehmen: „Der Erhalt des Energiestadtlabels ist nochmals zu prüfen.“ Verzichtet die Gemeinde auf das Label gemäss OPTA oder bleibt das Label erhalten? Die vierte Frage betrifft das Departement Planung, Punkt 8.2, „Verkehrssanierung Worb, Weiterführung Bächumatt“. „Das Variantenstudium „Weiterführung Bächumatt“ wird in enger Koordination mit dem Kanton weiterbearbeitet, sobald die Einzonung ZPP Bächumatt zur Rechtskraft gebracht ist.“ Ist die Reihenfolge nicht verkehrt? Zuerst muss doch mit dem Kanton die Weiterführung der Strasse festgelegt werden und danach kann die Einzonung ZPP Bächumatt vollzogen werden. Wir bedanken uns zum Voraus für die Antworten. Die FDP-Fraktion nimmt die Vorschau 2013 zur Kenntnis.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Die Vorschau 2013 ist durchaus vielfältig, übersichtlich und klar. Aber leider wenig zielgerichtet. Das Tätigkeitsprogramm ist zwar reich bestückt, aber wohin diese reichhaltigen Ausflüge führen sollen, erkennt kein Mensch. Liegt es wohl daran, dass es auf eine neue Legislatur zugeht? Die SP vermisst die Fernsicht, wohin will der Gemeinderat mit der Gemeinde? Wo ist der Zukunftserfolg den man verfolgt? Was sind die gemeinsamen Ziele, die Visionen? Mit Bedauern festgestellt haben wir zudem, dass offenbar in der Gemeinde Worb die Kultur, obwohl scheinbar eine Neukonzeptentwicklung für den Kulturpreis 2013 geplant ist, nicht stattfindet. Die SP wünscht sich, dass zukünftig auch solchen Kleinigkeiten mehr Beachtung geschenkt wird und die Kultur zumindest denselben Stellenwert erhält wie die Rasenspielfelder. Die SP nimmt die Vorschau 2013 zur Kenntnis.

Gfeller Paul, SVP: Auch die SVP-Fraktion nimmt die Vorschau zur Kenntnis. Es sind zwei Sätze, die mir da ins Auge gestochen sind. Im Vorwort: „Politik muss sich an Zielen orientieren, die innerhalb überblickbarer Zeiträume erreicht und überprüft werden können“. Ist manchmal vielleicht nicht ganz einfach umzusetzen. Im letzten Satz des Vorwortes steht: „Der Verwaltungsbericht des entsprechenden Jahres wird schliesslich Auskunft darüber geben, wie die gesetzten Ziele der Vorschau erreicht worden sind.“

Departementweise Beratung

Departement Präsidiales

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Ich gehe gerne auf die Fragen ein, die zum Departement Präsidiales gestellt worden sind. Zuerst die Frage von Walter Würgler betreffend der Eigenheimmesse. Die Gemeinde Worb nimmt seit einigen Jahren an dieser Messe teil. Es ist klar, dass das gegenwärtige Angebot aufgrund der abgelehnten Ortsplanungsrevision sehr schmal ist. Der Gemeinderat hält aus zwei Gründen trotzdem an einer Teilnahme fest. Der erste Grund: Die Gemeinde hat trotz der abgelehnten Ortsplanungsrevision jedes Jahr ein paar wenige Angebote zu präsentieren. An der letzten Messe war beispielsweise der Rosenpark präsent. In Zukunft, wahrscheinlich noch nicht im Jahr 2013, dürfen wir dann ebenfalls Angebote aus der Überbauung auf der Parzelle N9 präsentieren. Der zweite Grund: Worb darf beim Auftritt der übrigen Gemeinden vom Wirtschaftsraum Bern nicht fehlen. Die stark negative Wirkung eines Fehlens von Worb muss vermieden werden. Die Abwesenheit fällt bekanntlich mehr auf als die Präsenz. Der gemeinsame Auftritt als Wirtschaftsraum Bern ist ausserordentlich wichtig. Deshalb nimmt die Gemeinde weiterhin teil, obwohl nicht viele Angebote präsentiert werden können. Dann die zweite Frage betreffend Kommunikation: Die Kommunikationsgruppe ist ein Gefäss, das der schweizerische Städteverband anbietet. Die Gruppe besteht noch nicht lange und es fand erst ein Treffen statt. Das erste Thema, welches behandelt werden soll, ist der Umgang mit Socialmedia in der Gemeinde. Dazu gehört der Umgang mit Twitter, Facebook und ähnlichem. Es wird diskutiert welcher Umgang mit Social media sinnvoll ist. Ich erachte die Diskussion mit Profis als sehr wertvoll. Die Erfahrungen von anderen Gemeinden sind ausserordentlich hilfreich. Das Rad muss ja nicht immer neu erfunden werden. Für mich ist es wichtig zu wissen, von welchen Medien die Gemeinde besser die Finger lässt und wo sich eine Investition lohnt. Die Frage betreffend dem Kulturpreis. Es ist so, dass wir diese Frage noch in der laufenden Legislatur, das heisst bis im März 2013 klären möchten. So lange ist die jetzige Kulturkommission noch tätig. Aus diesem Grund ist dieses Thema nicht in der Vorschau enthalten. Soweit die Antworten auf die drei Fragen zum Präsidialen.

Departement Finanzen

Keine Wortmeldungen.

Departement Bau

Keine Wortmeldungen.

Departement Umwelt

Gemeinderat Hubacher Peter, Departementsvorsteher Umwelt: Wie Walter Würgler und die FDP-Fraktion festgestellt haben, ist tatsächlich auf den ersten Blick ein Widerspruch betreffend dem Erhalt des Energiestadtlabels ersichtlich. Gerne gebe ich eine kurze Erklärung dazu. Es bestanden OPTA-Sparmassnahmen. Eine von diesen Massnahmen war die Hinterfragung dieses Labels. Der Gemeinderat hat eine Prüfung angefordert, ob die Mittel, welche das Label beansprucht, nicht für kommunale Umweltprojekte eingesetzt werden könnten. Gleichzeitig soll als Basis in den nächsten Jahren ein Energierichtplan entstehen. Für den Energierichtplan wäre das Energiestadtlabel sicher von Vorteil. Aus diesem Grund ist noch nicht klar, ob und wie dieses Label weitergeführt wird. In

der neuen Legislaturplanung wird geklärt, ob die finanziellen Mittel für kommunale Umweltprojekte eingesetzt werden oder ob das Label bestehen bleibt.

Departement Bildung

Keine Wortmeldungen.

Departement Soziales

Keine Wortmeldungen.

Departement Sicherheit

Wermuth Bruno, SVP: Ich möchte eine Ergänzung zu Punkt 7.3 anbringen. Da geht es um die Verkehrssicherheit an der Beitenwilstrasse. Wie die Meisten von euch schon festgestellt haben, wurden an diesem Ort vor zwei Jahren Verkehrsberuhigungsmassnahmen aufgebaut. Dies auf Wunsch der Bevölkerung von Vielbringen. Meiner Meinung nach wird der Verkehr durch diese Massnahmen nicht allzu sehr beruhigt. Die Autos fahren nicht unbedingt langsamer, aber es behindert die Landwirtschaft, insbesondere die Fahrer der Traktoren. Kann dies die optimale Lösung sein? Wenn ich von zu Hause auf ein Feld fahre, dann fahre ich drei Mal über einen Poller. Je nach Arbeit, die der Bauer ausführt, fährt er am Tag bis zu 60 Mal über solche Poller. Über das Jahr gerechnet fahre ich dann gegen 1'000 Mal über die Poller und ich muss immer wieder abbremsen und beschleunigen. Der landwirtschaftliche Verkehr sollte eigentlich damit nicht beruhigt werden, doch dies sind die Hauptauswirkungen dieser Poller. Es stehen einige Projekte an in Vielbringen. Beispielsweise die neue Wasserversorgung und das Thema Verkehrssicherheit für die Schule sind aktuelle Projekte. In diesem Zusammenhang sollte diese Verkehrsberuhigung noch einmal geprüft werden.

Departement Planung

Gemeinderat Kaufmann Jürg, Departementsvorsteher Planung: Ich äussere mich zur Frage betreffend Verkehrssanierung Worb, Weiterführung Bächumatt. Wir denken, dass das Vorgehen so genau richtig ist. Die Linienführung für die Bächumatt war dazumal im Wettbewerb „Siedlungsentwicklung Bächumatt“ dargelegt worden. Es ist bekannt, wie die Weiterführung aussehen soll. Wie die Line realisiert werden soll, ist von vielen Faktoren abhängig. Deshalb ist für uns dies Einzonung in der Bächumatt massgebend, damit die Planung für die Weiterführung der Verkehrssanierung klar ist.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates bleibt unbestritten. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 2 Bst. b der Gemeindeverfassung vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Der Grosse Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Vorschau 2013.

Finanzplanung 2013/17: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 339	15.10.2012	4	2009/12-407	58	21/0

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Jörg Peter, GPK: Ich äussere mich im Namen der GPK, im Rahmen der allgemeinen Bemerkungen, komme dann aber nicht mehr nach vorne, um mich zu den einzelnen Details zu äussern. Jonathan Gimmel und Fritz Jenzer haben uns auch in der GPK die Finanzplanung 2013/2017 und den Voranschlag 2013 präsentiert. Die gleichzeitige Behandlung der beiden Geschäfte an derselben Sitzung wird auch seitens der GPK als positiv gewertet. Die finanzielle Ausgangslage unserer Gemeinde ist ausserordentlich schwierig. Zusätzliche Sitzungen der Finanzkommission waren zur Aufbereitung der beiden Geschäfte nötig. Die kantonalen Vorgaben ändern laufend und so ist es schwierig, eine seriöse Finanzplanung vorzunehmen. Die Finanzplanung 2013/2017 kann zur Kenntnis genommen und genehmigt werden. Konkrete Änderungsanträge sind hier ja auch nicht möglich, die müssten ja dann in den Budgets vorgenommen werden. Für das Jahr 2013 wird unser Defizit von 1.15 Mio. Franken prognostiziert. Die Neuordnung des FILAG 2012 bewirkt eine Verschlechterung des Voranschlags von etwa 1 Mio. Franken. Diesen Umstand kann die Gemeinde nicht beeinflussen. Ebenfalls im Rahmen des FILAG 2012 ist die Neue Finanzierung Volksschule. Neu wird nach der Anzahl Schulklassen und Vollzeiteinheiten der Lehrpersonen gewichtet. Die aktuellen Strukturen unserer Gemeinde bewirken einen Mehraufwand von rund CHF 90'000.- bis CHF 130'000.- pro Schulklasse. Bisher war der Aufwand ca. CHF 10'000.- pro Schulklasse. Auch klar ist, dass die abgelehnte Ortsplanung vorläufig keine Gemeindeentwicklung zulässt, was eben eine Zuwanderung von den überall gewünschten zahlungskräftigen Steuerpflichtigen verhindert und einen weiteren Verlust von Steuersubstrat zur Folge hat. Negativ wirkt sich die Neuregelung bei der Arbeitslosenversicherung aus und auch die Kürzungen bei der Invalidenversicherung. Dort steigen nämlich im Gegenzug die Sozialhilfekosten. Trotz all den negativen Punkten schlägt uns der Gemeinderat dann auch im Voranschlag eine unveränderte Steueranlage von 1.6 Einheiten vor. Das ist möglich, weil die Gemeinde im Moment noch über genügend Eigenkapital verfügt, welches in den letzten Jahren gebildet werden konnte. Wir haben seitens der GPK noch ein paar Fragen gestellt. Die konnten beantwortet werden und zwar wie folgt: Wie gesagt, das neue FILAG wirkt sich negativ auf unsere Situation aus. Die Bildungsstruktur der Gemeinde ist aufwendig und das wird auch entsprechend gewertet. Ohne die Ortsplanung gibt es wenig Entwicklungsmöglichkeiten und das neue Erwachsenenschutzrecht, das ist da die wunderbare Abkürzung KESG, bewirkt grössere finanzielle Aufwendungen für unsere Gemeinde. Unklar ist insbesondere aber dann auch, wie andere Gemeinden finanziell planen, weil je nachdem werden unsere Anteile am Finanzausgleich unterschiedlich ausfallen. Die Unterhaltsarbeiten für die Wasserleitungen sind in den Investitionsrechnungen beim Strassenunterhalt nicht enthalten. Warum? Weil die Kosten in der Spezialfinanzierung enthalten sind. Hier hat man uns versichert, dass man wenn immer möglich die Strassen und Leitungen zeitgleich unterhält und in Ordnung stellt. Die Verbuchung erfolgt dann aber in unterschiedlichen Konten. Teilweise müssen auch Strassenbeläge erneuert werden. Da gibt es zum Teil Probleme, weil die früher nur partiell geteerten Feldwege neu saniert werden müssen. Es ist nicht ideal, wenn Teer darüber geschüttet wird, eigentlich bräuchte es teurere Investitionen. Im Weiteren haben wir zur Kenntnis genommen, dass in der Botschaft auf der Seite 6, Ziffer 1.6 eine „Wanderbewegung“

der Bevölkerung präsentiert wird. Das war zum ersten Mal so. Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass die älteren, zahlungskräftigeren Bewohner im Rahmen des Generationenwechsels die Häuser verlassen und jetzt ersetzt werden durch jüngere Familien mit Kindern. Dies ist zwar erfreulich, aber generiert als Nebeneffekt weniger Einkommen und Vermögen. Die Folgen der verschiedenen kantonalen Steuergesetzrevisionen sind in einer Tabelle auf Seite sechs berücksichtigt, dies ist aber nicht dasselbe wie der „Wandersaldo“. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Anpassung der Bildungsstruktur ein Potential von ungefähr CHF 600'000.- haben dürfte. Das ist hier finanzpolitisch einfach einmal aufgezeigt. Konkrete Vorschläge, wie dies umgesetzt werden kann, ist anschliessend Angelegenheit der Bildungskommission. Im Investitionsprogramm auf Seite zwei ist noch die „Sanierung Stadttheater“ aufgeführt, als Kostenbeteiligung. Das wird nicht mehr bei uns beschlossen, sondern in der Regionalkonferenz. Wir haben noch den Hinweis, dass im Investitionsprogramm für die Schulanlage Worboden neu jetzt ein Betrag von 12.090 Mio. Franken vorgesehen ist. Dort haben wir moniert, dass man den entsprechenden Kommentar auf der Seite 30 noch anpassen müsste, weil der Kommentar unter der Ziffer 503.14 ist der vom Vorjahr, was natürlich bei dieser neuen Summe nicht angebracht wäre. Aber abgesehen von dem und diesen Ergänzungen können wir die Finanzplanung des Gemeinderates als nachvollziehbar und begründet erachten und deshalb beantragt euch die GPK, dass ihr die Finanzplanung 2013/2017 genehmigt.

Gemeinderat Gimmel Jonathan, Departementsvorsteher Finanzen: Der GPK-Sprecher hat die Situation unserer Finanzplanung sehr umfassend beschrieben. Ich möchte in meiner Rede auf die Zahlen eingehen, die genannt wurden und die ganzen Auswirkungen werde ich auf den Grafiken zeigen. Wir haben einerseits, wenn wir die finanzpolitischen Vorgaben anschauen und das ist doch das Mass der Dinge, denn das sind die Vorgaben für die tägliche Arbeit in der Finanzabteilung, dann sind in der Strategie Finanzpolitik folgende Elemente enthalten: Nämlich einerseits den Handlungsspielraum vergrössern, das wäre genau der, den wir bräuchten für weiterführende Massnahmen zu beschliessen. Der finanzielle Handelsspielraum soll stabil bleiben, trotz den exogenen Faktoren. Die Gesamtsteuerbelastung soll abnehmen, der Werterhalt der Infrastrukturenanlage soll sichergestellt sein und die zukunftsorientierten Entwicklungsprojekte sollen finanziert sein. Die Investitionen sollen mittelfristig ebenfalls finanzierbar sein. Der letzte Punkt, die mittelfristige Zinsbelastung, das ist dann erst die Frage der Verschuldung, die man daran messen kann, soll den Wert von einem Prozent nicht übersteigen. Wenn wir jetzt dem gefolgt sind, was der GPK-Sprecher gesagt hat sowie den Botschaften, dann müssen die Wirkungsziele sehr kritisch hinterfragt werden. Die Gemeinde strebt eine nachhaltig ausgerichtete Finanzpolitik an. Der finanzielle Handlungsspielraum der Gemeinde, ist nicht stabil und gross geblieben, sondern er nimmt eindeutig ab. Die Gesamtsteuerbelastung nimmt aber ebenfalls ab, dank der Steuergesetzrevision. Die Werterhaltung der Infrastrukturenanlagen ist zwar sichergestellt. Der mittel- und langfristige Werterhalt können wir uns aber nicht leisten, weil die Gemeinde mehr investiert als dass sie mit der Selbstfinanzierung erzielt. Ich kann sagen, dass die Selbstfinanzierung der Entwicklungsprojekte, wie beispielsweise der Hochwasserschutz, Schulanlagen usw. sichergestellt ist. Der letzte Punkt bezüglich Fremdmittelentwicklung, dies sieht man bei der Kennzahl, da sind wir im Bereich von Null. Bei den Wirkungszielen gibt sich also ein gemischtes Bild. Wenn wir die konkreten Zahlen anschauen, dann sieht es deutlich dramatischer aus. Ich habe euch hier die Haupteinflussgrössen auf einer Folie zusammengestellt (Folienauflage. Die Protokollführerin). Hier könnt ihr den Prozess von diesem Geschäft verfolgen. Die erste Zahl, die Fritz Jenzer in den Sommerferien präsentiert hat, war minus 2.8 Mio. Franken. Aufgrund von welchen Einflussfaktoren geschieht dies? Die Neufinanzierung der Volksschule (NFV) kostet CHF 670'000.- mehr als im letzten Finanzplan. Dies ergibt bereits 0.5 Anlageeinheiten. Im Bereich des Erwachsenen- und Kinderschutz hat der Grosse Rat beschlossen, dass die Gemeinde pro Einwohner CHF 70.00 einstellen soll. Dies ergibt einen Betrag von CHF 780'000.- oder 0.6

Anlageeinheiten. Dann das Problem mit Abfluss Steuersubstrat, minus 1.1 Mio. Franken in den letzten Jahren. Das heisst fortfolgend steigen wir immer um CHF 1.1 Mio. tiefer ein, wenn wir den Steuerertrag der natürlichen Personen erheben. Dies sind also die neuen Aspekte. Die Steuergesetzesrevision ist bekannt und dass die Ortsplanungsrevision abgelehnt wurde, das wissen wir auch längstens. Wir können im Bereich Raumplanung sagen, dass die Einwohnergemeinde insgesamt schrumpft und im Speziellen die Steuersubjekte. Das hat wiederum Auswirkung auf den Steuerertrag. Alles was ich hier sage, ist eine finanzpolitische Betrachtung ohne Wertung. Letztlich haben wir es nicht zustande gebracht, für die Revision der Ortsplanung eine überzeugende Lösung vorzulegen. Mit dieser Situation müssen wir uns auseinandersetzen. Die Folge sind die fehlenden Infrastrukturbeiträge und das hat einen sehr engen Bezug zum Finanzplan. Wir haben in den vergangenen, ich sage jetzt bewusst Jahrzehnten, folgenden Effekt gehabt: Die Gemeinde hat deutlich mehr investiert, konnten aber einen grossen Teil oder einen bedeutenden Teil der Investitionen eben durch sogenannte Infrastrukturbeiträge ausgleichen. Wenn man ein nüchternes Fazit zieht, hinter allen Massnahmen der letzten Jahre, dann kann festgestellt werden, was immer wir gemacht haben an Haushaltverbesserungsmassnahmen, Überprüfungen, Kürzungen, Skaleffekten, Optimierungen, das wurde eigentlich alles durch die exogenen Effekte, die wir in der Vergangenheit hatten, konsumiert worden. Dies führt uns zur nächsten Folie, letztlich zum Ergebnis. Der Gemeinderat unterbreitet euch den Voranschlag 2013 mit 1.15 Mio. Franken Defizit. Meine ausgeführten Hauptfaktoren sind hier nochmals ersichtlich. Die Bevölkerung wird in den nächsten fünf bis zehn Jahren zurückgehen. Der Rosenpark und möglicherweise die Überbauung N9 werden sich wahrscheinlich positiv auswirken. Dies sind aber lediglich Annahmen. Die neue Ortsplanung kann in den nächsten fünf Jahren noch keine grosse Wirkung zeigen. Die Anzahl Steuerpflichtige wird sich ebenfalls reduzieren. Und die 7'004 Steuerpflichtigen, das sind übrigens die ZPV-Nummern. Es sind also nicht Subjekteinzelne, sondern das sind Haushaltungen, die eingerechnet sind. Gegenüber dem Voranschlag 2012 nimmt der Steuerertrag ab, dies sehen wir später beim Voranschlag 2013. Der Kanton stellt Planungshilfen zur Verfügung. Diese werden ebenfalls im Juli/August zur Verfügung gestellt. Im Vergleich zu den letzten Jahren haben wir enorme Abweichungen in den Berechnungen. Es war ein Wunsch des Parlamentes, dass man den Finanzplan und den Voranschlag in der gleichen Sitzung behandelt. Unsere Erkenntnis ist, dass die Planbeständigkeit so marginal ist, dass die einzig solide Prognose der Voranschlag 2013 ist. Die Ausführungen passen voraussichtlich für das Jahr 2013, alle weiteren Angaben sind Prognosen. Bei den Planungshilfen fällt die Lehrerbesoldung auf, die deutlich höher ist, dann „Lastenausgleich Sozialhilfe“, das ist das, was die GPK erwähnt hat. Die Verlagerung der Kosten aus der Arbeitslosenversicherung in die Sozialhilfe. Die „Neue Aufgabenteilung“ habe ich beim letzten Mal vorgestellt und erläutert in welchem Umfang Kosten entstehen werden. Die Kosten werden sich auf rund 1 Mio. Franken belaufen. Solche Schwankungen innerhalb eines Jahres mit demselben Planungsinstrument macht die ganze Finanzplanung sehr anspruchsvoll. Was sorgenvoll beurteilt werden muss ist der harmonisierte Ertragsindex. Dieser Index misst die Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde inmitten aller Bernischen Gemeinden. So wie es aussieht sinkt unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Ob dies wirklich so ist, sehen wir dann im nächsten Jahr. Möglicherweise geht es anderen Gemeinden auch nicht viel besser als uns. Bei der finanzpolitischen Zielsetzung ist das Thema Investitionen wichtig. Wie viel können wir in die Zukunft investieren? In diesem Bereich haben wir rigide Massnahmen vorgenommen. Der mit den Steuern finanzierte Teil der Investitionen muss gedeckt werden. Als Folge wurden die Projekte ersatzlos aus der Investitionsplanung gestrichen. Weitere Projekte haben wir nach der strategischen Unterhaltsplanung später terminiert. Doch wir wissen, dass mit der Verschiebung noch nichts gelöst ist. Die Objekte wurden nach der Nutzungsdauer verschoben, gespart haben wir damit nicht. Von Ersparnissen kann keine Rede sein. Wenn wir die Investitionsplanung umverteilen, dann heisst das nur, dass die Investitionen später auf die Gemeinde zukommen. Nur wenn Projekte gestrichen wer-

den, fallen die Projekte weg. Bei der roten Kurve ist die Entwicklung des Steuerertrags ersichtlich. Die Kurve wird erst wieder bei Zuwachs vom Rosenpark und der Überbauung in der Parzelle N9 korrigiert. Den Gesamtsteuerertrag von natürlichen Personen ist auf der blauen Linie ersichtlich. Die grüne Linie ist die Einkommenssteuer der natürlichen Personen. Ich zeige die Planungsgenauigkeiten auf der nächsten Folie. Ersichtlich sind die Planungen 2013, 2012 und 2011. Leider ist die Planung 2013 nicht grün, sondern die rote. Rot ist ja an sich eine schöne Farbe, aber in diesem Kontext ist diese Farbe nicht mehr schön. Die Lücke ist millionenschwer und ihr wisst es, dass der Voranschlag 2013 ein Defizit von 1.15 Mio. Franken aufweist. Eine Million Franken Differenz hat enorme Auswirkungen. Die Finanzlage ist wirklich angespannt. Der GPK-Sprecher hat es ebenfalls gesagt, dass die Finanzplanung sehr viel Zeit beansprucht hat. Es fanden ausserordentliche Sitzungen statt. Die Finanzkommission, die Departementsverantwortlichen die Verwaltung überprüfen sämtliche Voranschläge. Ich kann euch sagen, dass die Kostenseite von unserem Finanzhaushalt ausgelastet ist. Wir sprechen ja heute davon, dass man geringste Ansätze noch verändern kann, aber es sind bereits sämtliche Möglichkeiten ausgeschöpft. Was haben wir für ein Ergebnis, wenn wir nichts unternehmen? Dann passiert genau das und die gepunktete Linie, die sich leider gegen unten ausrichtet, das ist nichts anderes als das Eigenkapital. Und wenn das Eigenkapital die Nulllinie überschreitet, dann heisst das nichts anderes, als dass wir einen Bilanzfehlbetrag hätten und ab dann ist die Gemeinde sanierungspflichtig. Dies ist der Spiegel der Finanzlage und ohne Massnahme geht es nicht weiter. Dies heisst, wenn die Gemeinde nicht versucht die strukturell bedingten Kosten in den Griff zu bekommen, dann gibt es nur eine Lösung: Steuererhöhung. Dies ist ein natürlicher Reflex in der öffentlichen Hand. So kann die Gemeinde das Kapital aufstocken. Dies ist also die Situation, wenn keine andere Lösung gefunden wird. Wie dieses Szenario aussehen würde, ist auf der Folie ersichtlich. Der Gemeinderat hätte ja auch die Haltung vertreten können, dass die Gemeinde ein Problem hat, weil der Kanton viele Kosten auf die Gemeinde abwälzt. Dann hätten wir in Zukunft die Steueranlage von 1.7. Auf der roten Linie sind die Defizite marginal und wir versuchen im aktuellen Jahr ein möglichst ausgeglichenes Resultat zu erzielen. Es befindet sich also beinahe im schwarzen Bereich. Der Gemeinderat hat entschieden, dass der Voranschlag mit einer Steueranlage von 1.6 präsentiert wird. Dazu gibt es verschiedene Gründe. Erstens: Wir haben klar eine Erhöhung der Kosten im Bereich neue Volksschulfinanzierung. Aktuell prüft das Departement Bildung die Schulraumplanung. Andererseits bestehen diverse Ungenauigkeiten aus dem FILAG. Der dritte Aspekt ist, dass die Gemeinde in den vergangenen Jahren Eigenkapital angelegt hat. Dies ist genau für solche Situationen gedacht. Nämlich, dass die Gemeinde mal ein Defizit auffangen kann. Mit diesem Finanzplan ist aber auch ersichtlich, dass wir ohne Massnahmen diesen Zustand nur ein Jahr halten können. Die ersichtliche Strukturbereinigung beschränkt sich auf das absolute Minimum. Mit diesen Bereinigungen könnte der Plan am Ende der Planungsperiode ausgeglichen. Im Jahr 2014 droht ein Defizit von 2.1 Mio. Franken. Der Gemeinderat muss in den nächsten Jahren die Weichen stellen. Die Gemeinde ist herausgefordert. Wir verfügen über eine gute Ausgangslage und wir sind gespannt auf die Resultate der Bevölkerungsbefragung, welche im Moment durchgeführt wird. Wir haben genügend Grundlagen um die nötigen Diskussionen zu führen und wir haben vor allem auch Zeit, die nötigen Entscheidungen klug und zukunftsgerichtet zu treffen. Das Thema Fremdmittelentwicklung kann kritisiert werden, indem die Aussage gemacht wird, dass die Gemeinde mehr Schulden hat. Dazu zwei Erläuterungen. Erstens, es ist so, dass die Gemeinden momentan in Generationenprojekte investiert. Als Beispiel der Hochwasserschutz, die Verkehrssanierung und viele weitere. Diese Projekte verursachen hohe Kosten, haben aber auch einen enorm langen Wert. Es versteht sich von selber, dass wir als aktuelle Generation diese Projekte nicht alleine finanzieren können. Doch der Finanzplan darf nicht immer so negativ aussehen wie jetzt. Mittelfristig sind die Schulden zu senken. Das Andere ist die Finanzierung der Selbigen. Das ist eine dieser zentralen Kennzahlen. Der Zinsbelastungsanteil ist nach wie vor sehr tief. Das hat

etwas mit dem tiefen Zinsniveau auf dem Finanzmarkt zu tun. Wenn wir wie früher ein Darlehen aufnehmen würden mit einem Zinssatz von fünf oder sechs Prozent wäre die Ausgangslage ebenfalls anders. Dann müsste man diese Verschuldungssituation noch kritischer hinterfragen. Damit bin ich bei den Finanzkennzahlen und komme bald zum Schluss. Die Finanzkennzahlen sind im Selbstfinanzierungsgrad schwierig. Das liegt daran, dass wir deutlich mehr investieren als wir mit der Selbstfinanzierung erarbeiten. Und was der Gemeinde fehlt, sind die Effekte der Infrastrukturbeiträge. Wir hatten einmal ein Jahr, da hatten wir minus 1'000 Prozent irgendwie Selbstfinanzierungsbeitrag gehabt, weil wir so viele Infrastrukturbeiträge eingenommen haben. Mit einer solchen Entwicklung ist in den nächsten Jahren nicht mehr zu rechnen. Bei der Finanzierung der eigenen Investitionen sind wir auf unsere eigene Performance angewiesen. Die einzige Zahl, die wirklich gut ist, das ist der Zinsbelastungsanteil bei 0.2 Prozent. Also im Durchschnitt verwenden wir trotz der Verschuldung sehr wenig Mittel für Zinsendienst auf. Das Fazit habe ich nun schrittweise erläutert und ich möchte euch das jetzt nicht noch einmal vorlesen. Einen letzten Punkt möchte ich noch erwähnen. Der Gemeinderat hat sich verpflichtet für einen ausgeglichenen Finanzplan zu kämpfen. Strukturbereinigungen wollen wir vornehmen. Wenn die Entwicklung aber wie bisher weitergeht, dann kann ich heute nicht versprechen, dass die erwähnten Massnahmen reichen. Es ist sogar denkbar, dass wir trotz diesen strukturellen Anpassungen uns damit auseinandersetzen müssen, nächstes oder übernächstes Jahr eine Steuererhöhung in Kauf zu nehmen. Das war mein Fazit. Ich beantrage euch im Namen des Gemeinderates, diesen Finanzplan wie vorliegend anzunehmen. Ich habe jetzt grundsätzlich die Finanzsituation erläutert. Selbstverständlich beginne ich beim Budget nicht noch einmal von vorne, sondern gehe nur auf die konkreten Zahlen ein. Vom GPK-Sprecher wurde gesagt, beim Finanzplan geht es darum, die allgemeine Ausrichtung zu machen. Wenn Ihr mit dem nicht einverstanden seid, könnt Ihr nicht einfach eine Variante nehmen, weil das Budget ja dann nicht bereit wäre. Das heisst Ihr müsstet ihn mit einem Verbesserungsauftrag zurückweisen, aber vorher bitte ich euch noch um die Zustimmung.

Lädrach Markus, FDP: In den vergangenen Jahren konnten wir die Finanzabteilung immer loben, weil sie einen guten Job gemacht hat und die Finanzen im Griff hatten. Jetzt hat sie eigentlich immer noch einen guten Job gemacht, man darf sie deshalb immer noch loben. Sie haben ihre Kosten, die Kosten der Gemeinde, bis auf wenige Beispiele im Griff, aber es sieht so aus, als dass die Belastungen von externer Seite plötzlich uns im Griff hätten. Die Finanzplanung 2013/17 sieht düster aus. Jonathan Gimmel hat es vorhin gezeigt und auch durch die Vorinformationen, die wir viele von Fritz Jenzer oder in der Fraktion oder in der Finanzkommission gehabt haben wissen wir, dass die Sparmöglichkeiten, es ist auch schon gesagt worden, gründlich geprüft wurden und man berücksichtigt hat, was zumutbar ist und das eigentlich nicht mehr viel Fleisch am Knochen ist. Die unerfreulichen Zahlen sollten doch hier im Saal niemanden überrascht haben. Heute gross zu lamentieren wäre opportunistisch. Wir wissen es spätestens seit dem letzten Jahr, dass Worb die Zusatzbelastungen aus den grossen Investitionen und dem neuen FILAG wegen den fehlenden Erträgen aus der abgelehnten Ortsplanung, Steuergesetzrevision nicht ohne grundlegende Weichenstellungen bewältigen kann. Bis im letzten Jahr konnte sich die Finanzplanung mit Infrastrukturbeiträgen, Verkäufen, ausserordentlichen Verkäufen oder konservativen Ertragsberechnungen immer noch retten. Jetzt haben wir unschön die Zahlen vor Augen, die uns beschäftigen. Die vorliegenden Unterlagen zeigen die Gründe der Fehlbeträge klar auf, zeigen auf, welche Varianten unter welchen Voraussetzungen bis Ende Planperiode ein noch verantwortbares Resultat erlauben. Es geht aus den Informationen aber auch klar hervor, dass es heute noch viele Unsicherheitsfaktoren hat, die Planungsbeständigkeit absolut unbefriedigend ist. Einmal mehr möchten wir uns für die Qualität und die Übersichtlichkeit der Daten und den Vergleichstabellen bedanken, aber die Zahlen werden durch eine gute Darstellung auch nicht schöner. Wir sind ein bisschen verärgert und etwas ratlos

über die Höhe dieser Zusatzkosten oder den externen Faktoren, wie z.B. die Sozialhilfekosten oder die Auswirkungen durch das KESG, das die Gemeinde neu tragen muss. Da haben wir null Einflussmöglichkeiten. Man hat fast ein bisschen das Gefühl, Bund und Kanton können es sich da relativ einfach machen. Da stellt sich bei uns die Frage, ob man deren Auswirkungen nicht im Voraus etwas genauer hätte beziffern können. Oder anders gesagt, wenn nicht, stellt sich bei uns die bange Frage: Was kommt nächstes Jahr noch dazu, was wir heute nicht wissen? Die FDP nimmt die düsteren Planzahlen und Varianten zur Kenntnis und will sich den daraus folgenden grossen Herausforderungen stellen. Jetzt sind aber kühle Köpfe und klare Analysen gefragt und hektischer Aktionismus wäre da genau das Falsche. Die FDP nimmt zu dieser Planung folgende Position ein: Wir begrüssen den Vorschlag des Gemeinderates, heute keine Steuererhöhungsentscheid zu treffen, bevor nicht die wichtigen kostenverursachenden oder entlastenden Entscheide gefällt sind. Wir würdigen gleichzeitig die Anstrengungen des Gemeinderates, in den nächsten Monaten Lösungen aufzuzeigen. Die Finanzplanung zeigt mit aller Deutlichkeit die Dringlichkeit eines raschen Entscheids bezüglich Ortsplanung und Schulraumplanung auf. Das sind die grossen Hebel, die wir selber in der Hand haben. Erst wenn wir dazu über Kosten und Nutzen diskutiert und entschieden haben, und das muss spätestens in einem Jahr abgeschlossen sein, kann die Steuerfussdiskussion geführt werden. Den verantwortlichen Politikern und den Stimmbürgern sind die finanzpolitischen Zusammenhänge und Konsequenzen dieser zwei Entscheide, Ortsentwicklung und Schulraumplanung, transparent aufzuzeigen, so dass eine sachliche Diskussion geführt werden kann. Die Planung sieht auch weiterhin hohe Investitionen in die Gebäude- und Infrastruktursanierungen vor. Angesichts der zu knappen Finanzen müssen die in der Planung vorgesehenen Standards kritisch überprüft und gegebenenfalls nach unten angepasst werden. Wir haben kein Geld für Luxus, so gut wie nötig, mehr liegt heute und morgen nicht drin. Die Plandaten, die vom Bund und Kanton auf uns zukommen, sind vielleicht genau zu hinterfragen. Es müsste ein Ziel sein, dass wir nächstes Jahr böse Überraschungen in der Höhe der diesjährigen Mehrkosten vermeiden können. Die FDP wird der vorliegenden Finanzplanung zustimmen. Ich nehme es auch gerade vorneweg, im Sinne einer OPTA-Massnahme verzichten auch wir nachher auf ein Votum zum Voranschlag. Gemäss den soeben erläuterten Punkten werden auch wir dem Voranschlag 2013 gemäss Botschaft des Gemeinderates zustimmen und stimmen dieser Finanzplanung 2013/17 zu.

Kühn-Blank Christa, Grüne: Auch die Grünen möchten Fritz Jenzer und seinem Team für die geleistete Arbeit danken. Die bevorstehende Budget-Abstimmung und die Finanzplanung bereiten den Grünen Worb und der Schulleitung grosse Sorge. Sie zeigen vor allem, dass mit allen Mitteln eine Steuererhöhung verhindert werden soll. Investitionen werden im Voranschlag des Gemeinderates in fahrlässiger Art vernachlässigt. Die Investitionen in die Schulanlagen sind viel zu klein. Die Anlagen haben einen gewaltigen Rückstand. Im Worboden, unserer grössten Anlage, kann nur die Hälfte der Dachfläche saniert werden, obwohl alle Dächer rinnen. In die Sporthalle tropft es regelmässig nach starkem Regenfall. Zustände wie in ärmeren Ländern. Der Ersatz der Computer-Infrastruktur für den Unterricht in allen Schulen unserer Gemeinde soll verschoben und auf zwei Jahre verteilt werden, obwohl die alten Geräte immer häufiger ausfallen und eine Aufteilung der Anschaffungen bezüglich Unterhalt des Geräteparks zu höheren Kosten führen wird. Schon jetzt kann Unterricht teilweise nicht durchgeführt werden, weil die ICT-Infrastruktur nicht à jour ist. Die Lehrpersonen der Gemeinde arbeiten in inakzeptablen Zuständen. Etwa ein Arbeitsgerät pro 10 Lehrpersonen steht zur Verfügung. An jedem anderen Arbeitsplatz würde dies zu Protesten führen. In Zeiten, in denen die Nutzung von Internet-Quellen für den Unterricht unabdingbar ist, gefährdet der Gemeinderat die Qualität des Unterrichts. Finanzplanung und Budget verbessern die Rahmenbedingungen für Unterricht und Schule in keiner Weise. Wir bitten euch alle, die Finanzplanung zurückzuweisen mit der Forderung, die nötigen Investitionen vorzuerschieben.

Federer Guido, SP: Trotz massiver Sparmassnahmen sieht die finanzielle Situation für die nächsten Jahre düster bis bewölkt aus. Dafür sind auf der Kostenseite verschiedene Faktoren verantwortlich, von welchen verschiedene, oder die meisten, durch die Gemeinde nicht beeinflussbar sind. Dies müssen wir leider einfach zur Kenntnis nehmen und können nur Zähne knirschen. Daneben belasten auch die grossen Investitionen den Finanzhaushalt. Wie Jonathan Gimmel aber gesagt hat, sind das Generationenprojekte. Ich denke, da darf eine gewisse Verschuldung eintreten, die können auch über sehr lange Zeit wieder abgeschrieben werden. In den letzten Jahren abnehmende und in der Planungsperiode stagnierende Steuereinnahmen bereiten uns dem gegenüber deutlich mehr Kopfzerbrechen, da dadurch der Handlungs- und damit der Gestaltungsspielraum der Gemeinde sehr klein bleiben. Diese Situation kann auch nur geändert werden, wenn neue Steuerzahler nach Worb kommen. Dafür braucht es, wie schon mehrfach gesagt, dringend neuen Wohn- und Arbeitsraum, was nur mit der neuen Ortsplanungsrevision zu erreichen ist. Unter diesen finanziellen Voraussetzungen ist der Gemeinderat verpflichtet neue Wege, respektive Stossrichtungen zu prüfen, was in der Finanzplanung auch sehr schön dargelegt wird. Wir stimmen mit dem Gemeinderat überein, dass die Variante eins mit einer Steueranlage von 1.6 und ohne Strukturanpassungen nicht vertretbar ist, auf Grund der grossen Finanzfehlbeträge. Die Varianten drei und vier würden schon jetzt eine Steuererhöhung bedeuten. Auf Grund des Eigenkapitals denken wir, dass das auch nicht Sinn macht und die Gemeinde eine schlechtere Attraktivität für Neuzuzüger zur Folge hätte. Damit bleibt die Variante zwei, diese beinhaltet eine Beibehaltung der Steueranlage, aber Optimierungen auf der Kostenseite, die Kostenanteile, die wir selber in der Hand haben und das sind unter anderem die Bildungsstrukturen. Unserer Ansicht nach ist es wichtig zu sagen, dass die Genehmigung der Finanzplanung im Bezug auf die Bildungsstruktur kein inhaltlicher Entscheid ist. Er ist ein Auftrag an den Gemeinderat, die Strukturen in der Bildung anzuschauen und zu analysieren. Die politische Diskussion muss anschliessend stattfinden, wenn detaillierte Zahlen und konkrete Vorschläge vorliegen. Aus der Finanzplanung geht auch hervor, dass trotz der angespannten Finanzsituation der Unterhalt der bestehenden Infrastruktur nicht vernachlässigt wird. Dies begrüssen wir sehr, weil ungenügender Unterhalt häufig zu spät, zu deutlich höheren Kosten führt. Wir bedanken uns für die geleistete Arbeit und stimmen der Finanzplanung 2013/17 zu. Ich werde ebenfalls nicht mehr hervorkommen für den Voranschlag. Die SP-Fraktion stimmt auch diesem Voranschlag 2013 zu.

Jorio Nicola, GLP: Die Finanzplanung 2013/17 und der Voranschlag 2013 zeigen die grossen, zukünftigen Herausforderungen der Gemeinde Worb mit aller Deutlichkeit auf. Das Eigenkapital nimmt stetig ab und der Fremdkapitalanteil nimmt rasant zu, was nicht die besten Voraussetzungen für die nächsten Generationen sind. Den nationalen und kantonalen Faktoren sind uns die Hände gebunden. Auf Grund der aktuellen, äussert schlechten finanziellen Situation des Kantons sind in diesem Bereich keine Verbesserungen absehbar. Somit verbleiben der Gemeinde nur drei Möglichkeiten. Erstens: Anpassung Bildungsstruktur, was wirklich eine nötige Diskussion ist, aber sicherlich grosse Emotionen zur Folge hat, was eine rasche Umsetzung und rasche Lösungen sicher schwieriger gestalten wird. Zweitens: Ortsplanungsrevision, womit jedoch falsche Anreize gesetzt werden, wenn die Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinde auf mittelfristige Sicht im Zentrum steht. Drittens: Ausgaben noch mehr senken. Es muss eine offene Diskussion geführt werden, in welchen Bereichen die Gemeinde Worb die heutigen Infrastruktur- und Dienstleistungsstandarte halten und sich leisten kann. Die OPTA-Massnahmen gehen in diesem Bereich sicherlich in die richtige Richtung. Mit Zähneknirschen werde ich der Finanzplanung 2013/17 und dem Voranschlag 2013 zustimmen. Die GLP erwartet aber, dass ab der Finanzplanung 2014/18 und Voranschlag 2014 beeinflussbare Massnahmen zur Verbesserung des Gemeindehaushaltes eingeleitet werden.

Suter Harry, EVP: Finanzplanung. Schon seit etlichen Jahren, aus meiner Sicht hatten wir die Wende etwa ab 2006, sollte die Finanzierung des Gemeindehaushaltes basierend auf den ordentlichen Erträgen im Vordergrund der Finanzplanung stehen. Ein paar Mal, wir haben es gehört, hatten wir etwas Glück. Daher staunt die EVP-Fraktion sehr, dass der Gemeinderat einen Finanzplan, basierend auf Wünschen, ich denke da die Bildungsstrukturen und Ausreden, aus meiner Sicht Kanton, vorlegt. Die Aussichten bis ins Jahr 2015 sind derart schlecht, dass ein solcher Finanzplan für die EVP inakzeptabel ist. Die Schulden werden bis 2015 etwa um 12 Mio. ansteigen. Unter der Annahme, wie schon gesagt, dass die Bildungsstruktur angepasst wird, was aber sehr in Frage gestellt ist. Mit einem solchen Finanzplan zeigt der Gemeinderat, dass er bereit ist, auf direktem Weg wieder in die Schuldenwirtschaft früherer Jahre zurückzufallen. Aber wir haben gehört, es gibt doch Hoffnung. Die EVP lehnt diese Haltung klar ab und erwartet auch zukünftig Verbesserungen. Wir haben es bereits gehört, der Finanzplan 2014/18 muss anders als der jetzige Finanzplan aussehen. Dem vorliegenden Finanzplan stimmen wir zu.

Wermuth Bruno, SVP: Wir haben es schon mehrmals gehört, dass trotz gut geleisteter Arbeit von Fritz Jenzer und dem Gemeinderat nun diese Finanzplanung vor uns liegt. Die Finanzplanung und der Voranschlag lösen keine Begeisterung aus. Ich stelle fest, dass der Bund und der Kanton immer mehr Aufgaben und Kosten auf die Gemeinde abwälzen. Nach dem Motto: Die Letzten beißen die Hunde. Es soll keine Entschuldigung sein, sondern es ist eine grauenhafte Feststellung. Überall werden sinnbildlich Zitronen in den Gemeinden ausgepresst. Nicht nur hier in Worb, sondern auch in den umliegenden Agglomerationsgemeinden. Der Druck auf die Gemeinden, dass sie den Finanzhaushalt aufrecht erhalten können, steigt immer mehr an. In den letzten Jahren konnte Worb diesem Druck Stand halten und die Gemeinde konnte sogar Eigenkapital bilden. Als Gründe gelten sicherlich auch die Infrastrukturbeiträge, welche die Gemeinde erhalten hat. Die Finanzplanung darf aber nicht nur auf die Infrastrukturbeiträge abgestützt werden, dies habe ich bereits mehrmals erwähnt. Das Volk kann anders entscheiden und dann fehlen solche Beiträge. Die Verbundaufgaben, welche die Gemeinde übernimmt und die Kosten verursachen, machen es der Gemeinde sehr schwierig einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zu präsentieren. Die SVP findet es korrekt, dass sich der Gemeinderat um interne Möglichkeiten bemüht, bevor die Steuern erhöht werden. Christa Kühn hat den Druck der Bildungspolitik bereits erwähnt. Die Struktur der Worber Schulen, mit den Aussenschulen, muss geprüft werden. Die Gemeinde Worb muss offen sein für diese Diskussion. Trotz allem ist es wichtig, dass die nötigen Massnahmen umgesetzt werden und die Gemeinde Worb den aktuellen Steuerfuss behält. Diesbezüglich ist es wichtig, dass weiterhin Investitionen getätigt werden. Eine Gemeinde muss mit ihren Infrastrukturen à jour sein. Die SVP-Fraktion stimmt dem Finanzplan 2013/17 zu und stimmt somit auch dem Voranschlag 2013 zu.

Gemeinderat Gimmel Jonathan, Departementsvorsteher Finanzen: Besten Dank für diese klaren und ernsthaften Worte von euch. Wir wollen mit Sachverstand, Leidenschaft und Durchsetzungsvermögen unseren Finanzhaushalt auf Kurs halten. Doch es muss klar sein, dass es hierfür alle braucht. Ich gebe den kritischen Sprechern recht, dass man sich bei jeder strukturellen Anpassung fragt wo welche Leistung zu welchem Preis erbracht wird? Dass somit unterschiedliche Interessen ausgelöst werden ist verständlich. Ich vertrete diesen Finanzplan nicht gerne. Letztlich ist dieser Plan ein Abbild von der Entwicklung unserer Gemeinde. Es ist ebenfalls meine Meinung, dass dies eine schlechte Finanzpolitik ist, welche auf Infrastrukturen basiert. Vorgänge wie räumliche Entwicklung und innere Verdichtungen führen dazu, dass das aufgestellte Gemeindewesen auch von genügend Personen mitfinanziert wird. Ebenfalls bin ich mit dem Votum einverstanden, bei dem gesagt wurde, dass es eine Ausrede ist, dem Kanton die Schuld in die Schuhe geschoben wird. Aber dieses

Votum wurde heute Abend nicht vertreten, auch nicht von meiner Seite. Wir sind gefordert uns den Aufgaben zu stellen. Ich verstehe die Sorgen, welche Christa Kühn erwähnt hat. Dies sind natürlich vor allem die Sorgen der Schulleitung Worboden. Dazu muss ich sagen, dass unsere Liegenschaften gar nicht in einem schlechten Zustand sind. Gemeinderat Ernst Hauser hat die strategische Unterhaltsplanung präsentiert. Es wurde ein externes Audit vorgenommen und es kann festgestellt werden, dass die Liegenschaftswerte auf hohem Niveau gut sind. Bei einigen Liegenschaften gibt es Probleme, wie zum Beispiel das Schulzentrum Worboden. Dort sind die Dächer undicht. Die Sanierung der Dächer kostet nach heutigem Wissenstand rund 13.5 Mio. Franken. Bei der Umsetzung kommen dann vielleicht noch 1.5 Mio. Franken hinzu. Bevor die Gemeinde eine solch hohe Investition tätigt, muss doch überlegt werden, ob die Investition am richtigen Ort getätigt wird? Das Schulhaus wurde für rund 600 Schülerinnen und Schüler gebaut, heute besuchen rund 230 Schülerinnen und Schüler den Unterricht im Schulzentrum Worboden. Vielleicht sollten zuerst Strukturüberlegungen getätigt werden, bevor so viel Geld investiert wird. Das Nachholbedarf besteht ist klar und der Gemeinderat bekennt sich dazu, dass Investitionen getätigt werden. Auf der Folie könnt ihr erkennen, dass die Investitionen nach wie vor sehr umfassend sind (Foliensammlung. Die Protokollführerin). Die Gemeinde geht sinnvoll mit diesen Investitionen um. Die angesprochenen Investitionskosten der ICT haben wir auf zwei Jahre verteilt. Es stellt sich dann auch noch die Frage, ob das Projekt mit diesen Kosten realisiert werden kann oder nicht? Meines Wissens ist das Departement Bildung an der Projektbearbeitung. Ich möchte noch einmal die Schulanlage Worboden ansprechen. Es ist richtig, dass die Dächer nicht mehr dicht waren. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat die Sanierung der Flachdächer im Voranschlag 2013 vorgesehen. Der Grosse Gemeinderat wird im Jahr 2013 über dieses Geschäft entscheiden. Es werden also bereits im nächsten Jahr Investitionen in die Schulanlage getätigt. Das Departement Bau hat diese Investitionen solide geplant. Meine Ausführungen sind getätigt und ich habe auch die Relevanz der Entwicklung angesprochen. Es ist Sache des Grossen Gemeinderates die Rahmenbedingungen für die Finanzpolitik zu bilden.

Investitionsprogramm (Anhang I)

Aebersold Daniel, SVP: Ich habe eine Frage zur Seite drei, Tabelle sechs, Investitionsprogramm. Sie betrifft das Projekt 317.506.01, Viehschauplatz Richigen, Sanierung Anbindevorrichtung. Im Jahr 2013 sind CHF 25'000.00 als Bruttobetrag budgetiert. Ich habe die Anbindevorrichtung begutachtet, da ich in der Nähe wohne. Es scheint mir, dass sich diese Vorrichtung in einem guten Zustand befindet. Auf Seite 19 ist beschrieben, dass der Viehschauplatz im Besitz der Viktoria Stiftung Richigen ist. Im letzten Satz steht, dass die Gemeinde für die Anbindevorrichtung verantwortlich ist. Ich stelle die Frage, weshalb diese Bodenhülse ausgewechselt werden soll, wenn sie sich in einem guten Zustand befindet. Die zweite Frage betrifft ebenfalls das Investitionsprogramm, die Position 501.84, Ersatz Alleebäume Hauptstrasse Worb. Die Kostenschätzung beträgt CHF 105'000.-. Meine Frage: Weshalb haben sich die Robinien nicht bewährt? Neu sollen Amberbäume (Liquidambar), Herkunft Amerika, gepflanzt werden. Die Bäume bevorzugen feuchten, tiefgründigen und nährhaften Boden. Ist dieser Boden an dem geplanten Standort vorhanden? Mir scheint es, als ob die Gemeinde mit diesen Bäumen vom Regen in die Traufe kommt. Falls dieser Ersatz wirklich nötig ist, weshalb werden nicht einheimische Bäume gepflanzt?

Gemeinderat Gimmel Jonathan, Departementsvorsteher Finanzen: Ich habe mich ebenfalls schon gefragt, weshalb diese Anbindevorrichtung erneuert werden soll. Die Gemeinde ist verpflichtet einen Platz für die Anbindevorrichtung zur Verfügung zu stellen. Dies ist der einzige verfügbare Platz in der Gemeinde. Wenn Sanierungen anfallen, dann ist die Gemeinde dafür zuständig. Besten Dank für deinen Hinweis. Auch ich blicke dem Ersatz kritisch gegenüber. Der Sachverständige wird diese

Anbindevorrichtung nochmals prüfen. Die Bäume in der Allee sind im Moment umsturzgefährdet. Leider sind die Bäume von Salz geschädigt. Der Sachverständige hat die Amberbäume als Ersatz vorgeschlagen. Ich kenne mich bei der Baumwissenschaft nicht besonders aus, doch der Ersatz wird nicht in Frage gestellt. Ob es wirklich Amberbäume sein sollen oder nicht, werden wir noch einmal abklären. Der Leiter der Abteilung Bau ist heute Abend anwesend und hört dieses Votum. Er wird diesem Anliegen nachgehen. Ende Jahr kann dies im Verwaltungsbericht überprüft werden. Beim Viehschauplatz in Richigen ist es wie so oft eine Frage der Priorität. Wir werden überprüfen, ob der Ersatz bereits notwendig ist.

Berechnungen (Anhang II)

Keine Wortmeldungen.

Beschluss zum Rückweisungsantrag der Grüne-Fraktion, die nötigen Investitionen vorzuverschieben:

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. c der Gemeindeverfassung vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Die Finanzplanung 2013/2017 wird genehmigt.
2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Voranschlag für das Jahr 2013 mit Festsetzung der ordentlichen Gemeindesteuern und der Hundetaxe: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 339	15.10.2012	5	2009/12-408	96	21/10

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Jörg Peter, GPK: Die GPK wird sich nur einmal zu den allgemeinen Bemerkungen äussern und darauf verzichten, bei der kapitelweisen Behandlung nochmals das Wort zu ergreifen. Die bereits bei der Finanzplanung 2013/2017 erwähnten Negativ-Punkte bewirken konkret im Voranschlag 2013

ein Defizit von rund 1.5 Mio. Franken. Die nicht beeinflussbaren Verbundaufgaben und die Lastenausgleichssysteme haben den Gemeindehaushalt aus dem Gleichgewicht gebracht. Die Ungenauigkeit der kantonalen Planungsinstrumente erschwert die Finanzplanung sehr. Ob die abgegebene Prognose im angenommenen Umfang auch eintrifft, kann erst Mitte 2013 beurteilt werden. Der Bildungsbereich und die verzögerte Entwicklung aufgrund der fehlenden Ortsplanung bieten nicht bereits im nächsten Jahr Potential zur Verbesserung des Finanzhaushaltes. Im nächsten Jahr sind massgebende Weichenstellungen erforderlich. Noch zwei formelle Bemerkungen zum Voranschlag 2013. Auf Seite 10 handelt es sich bei den NPM-Projekten um die Produktebudgets 2013 und nicht 2012 (Verschrieb in der Botschaft). Das Mietamt auf Seite 29 könnte nun endgültig aus dem Kontenplan gelöscht werden, weil auch die Vergleichszahlen nun nicht mehr relevant sind. Die Mietämter wurden zentralisiert, wie das Erwachsenen- und Kinderschutzrecht. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat, den Voranschlag für das Jahr 2013 mit den ersichtlichen Zahlen sowie dem Aufwandüberschuss sowie die Festsetzung der ordentlichen Gemeindesteuern inkl. Liegenschaftssteuern und Hundetaxe zu genehmigen.

Seematter Adolf, EDU: Bei den Worber Finanzen zeigt sich eine allgemeine Unzufriedenheit. Auch für die EDU ist ein Fehlbetrag von 1.51 Mio. Franken zu hoch. Wir danken, dass der Fehlbetrag korrigiert werden konnte, hätten es aber begrüsst, wenn die zuständigen Personen den Voranschlag nochmals überprüft hätten, damit allenfalls weitere Kürzungen möglich gewesen wären. Der Finanz- und Lastenausgleich des Kantons kommt nun wie ein Boomerang zurück. Falls die Ausgaben nicht gekürzt werden, ist eine Steuererhöhung unabdingbar. Eine Steuererhöhung möchten wir nicht. Begehrlichkeiten wie Fussballfelder, Kunstrasen und vieles mehr sind nachhaltig zu planen. Eine Finanzierung über die Steuereinnahmen ist abzusehen. Die obligatorische Kinderbetreuung, sogenannte Tagesstrukturen, kommt die Gemeinde teuer zu stehen. Dem vorliegenden Voranschlag kann die EDU nicht zustimmen. Das Ziel muss ein ausgeglichener Finanzhaushalt sein. Ziele sind zum Erreichen da und nicht als Wunschdenken.

von Arx Roland, Grüne: Jonathan Gimmel hat gesagt, dass die erste Massnahme bei einer schlechten Finanzlage eine Steuererhöhung ist. Dem kann ich keinen Glauben schenken, denn eine Steuererhöhung ist sehr unpopulär, besonders in einem Wahljahr. Da will niemand die Steuern erhöhen und die Zitrone wird bis aufs Letzte ausgepresst. Aber die Zitrone, wie bereits beim Finanzplan gesagt wurde, ist bereits ausgepresst. Da besteht kein grosser Spielraum mehr. Bei den Infrastrukturen kann Geld gespart werden. Jonathan hat bereits erwähnt, dass der Werterhalt der Infrastrukturen gewährleistet werden sollte. Der Spielraum ist insofern gross, da die Investitionen vertagt werden können und darauf gehofft wird, dass es in Zukunft finanzstärkere Jahre geben wird. Die Grünen sind mit diesem Voranschlag nicht einverstanden und weisen ihn zurück. Wir beantragen, dass ein ausgeglichener Voranschlag vorgewiesen wird, indem die notwendigen Investitionen vorgesehen sind, besonders in den Schulanlagen. In der Bildung soll nicht weiter gespart werden und dies kann mit einer Steuererhöhung kompensiert werden.

Gemeinderat Gimmel Jonathan, Departementsvorsteher Finanzen: Ich würde gerne noch einmal über die Investitionen sprechen (Folienauflage. Die Protokollführerin). Ich teile die Auffassung von den kritischen Voten. An den Investitionen ist erkennbar, wie wichtig uns die mittel- und langfristige Entwicklung der Infrastrukturen ist. Fakt ist, dass die Gemeinde einen Anlagewert von 250 Mio. Franken hat und somit müssen pro Jahr 5 Mio. Franken für den Werterhalt eingesetzt werden. Wir müssten eine Selbstfinanzierung von 5 Mio. Franken zu Stande bringen. Dies müsste als Überschuss verdient werden, damit dies finanziert werden können. Unsere Selbstfinanzierung ist deutlich tiefer und deshalb verschuldet sich die Gemeinde. Die Verschuldung zu kritisieren ist in Ordnung. Zu behaupten, dass keine Investitionen getätigt werden, ist nicht wahr. Die

Langfristigeplan zeigt, dass durchschnittlich 42 Mio. Franken investiert werden. Die Bandbreite liegt zwischen 8.8 und 11.4 Mio. Franken. 5 Mio. Franken Werterhalt sind rechnerisch nötig. Dem Gemeinderat ist es ein grosses Anliegen die geplanten Investition zu tätigen. Teile von Investitionen wie im Bereich Wasser und Abwasser liegen im Bereich der Spezialfinanzierung. Die Gemeinde hat als Vorgabe, dass die steuerfinanzierten Investitionen mindestens 5 Mio. Franken umfassen sollen. Es ist wichtig, dass diese Differenzierung stattfindet. Die Ausgangslage ist schwierig, aber darauf mit einer Steuererhöhung zu reagieren, ist unpopulär, besonders in einem Wahljahr. Und dennoch kann bei den Stimmberechtigten am ehesten Geld eingeholt werden. Worb ist eine sehr grosse Gemeinde und kann sehr viele Chancen nutzen. Aus diesem Grund haben wir uns gegen den Weg der Steuererhöhung entschieden und ich bitte euch, dem vorliegenden Antrag vom Gemeinderat zu folgen. Bei der Rechnung wird ein Benchmark für die gehaltenen Freuden erstellt. Spannend ist ein Vergleich mit ähnlichen Gemeinden betreffend Ergebnisse. Wenn über uns und die Ergebnisse gerichtet wird, sind diese Vergleiche vielleicht hilfreich. Auf dieser Folie sind vergleichbar grosse Gemeinden wie Worb ersichtlich. Als erstes fällt auf, dass unsere Steueranlage sehr hoch ist. Das Ergebnis in Mio. Franken sagt nichts aus, sondern das Ergebnis muss in Steueranlagezehntel begutachtet werden. Dies ist ein Blick auf grössere und leistungsfähige Gemeinden, so wie Worb. Der Blick ins Amt Konolfingen zeigt, dass der Effekt noch viel stärker ist. Der Effekt der Neuen Finanzierung Volksschule (NFV) ist in Gemeinden mit weniger guten Strukturen noch viel deutlicher sichtbar. Es ist erkennbar, dass unsere langjährigen Bemühungen und Ausrichtung für mehr Handlungsspielraum sich auszahlen. Worb kommt mit einem blauen Auge davon, aber ich bin absolut gleicher Meinung, dass Entscheidungen getroffen werden müssen. Entscheidungen können nur getroffen werden, wenn Ziele vorhanden sind. Dies als kollektive Meinung im Gemeinderat wie auch im Grossen Gemeinderat. Ich bitte euch, den Voranschlag 2013 zu genehmigen.

Kapitelweise Beratung

(Botschaft Seite 3 bis 12)

Keine Wortmeldungen.

Anhang, Laufende Rechnung nach institutioneller Gliederung (Seiten 1 bis 33)

Suter Harry, EVP: Bei einigen Zahlen hätte ich noch gerne eine Begründung. Seite 6, Konto 170.352.00, Departement Bildung, Schulgemeinschaft Ried-Schlosswil. Die Kosten steigen von CHF 70'000.- auf 180'000.-. Dies hat allenfalls nur bedingt mit Worb zu tun. Dann auf Seite 8, Konto 175, Volksschulkreis Rufenacht. Kostensteigerung von CHF 300'000.-. Im Sekundarstufenkreis gibt es keine Kostensteigerung, sondern eine Senkung. Gerne hätte ich dazu eine Erklärung vom Departement Bildung. Dann auf Seite 13, Departement Finanzen, Konto 240.224.00. Dort ist der Buchgewinn der Liegenschaftsrechnung ersichtlich. Darin enthalten ist der Gewinn vom Verkauf des Schulhauses. Falls dieser Verkauf nicht realisiert werden kann, sieht dann unsere Rechnung mit einem Verlust von 2 Mio. Franken noch schlechter aus. Gerne hätte ich dazu noch eine Aussage.

Gemeinderat Gimmel Jonathan, Departementsvorsteher Finanzen: Ich werde die Fragen in verkehrter Reihenfolge beantworten. Der Verkauf von einem Schulhaus ist ein klassisches Beispiel. Es ist vorgesehen das Schulhaus zu verkaufen, aber natürlich nicht toll, wenn es nicht verkauft werden kann. Die gute Nachricht ist, dass dieser Verkauf in den letzten Voranschlägen enthalten war und es bis heute noch nicht verkauft ist. In diesem Jahr kann das Schulhaus sicherlich veräussert werden.

Die Zeit ist reif und ein Vorstoss von der SVP betreffend „Wie weiter mit dem Gemeinschaftsraum Wattenwil-Bangerten“ wurde bereits behandelt. Diese Liegenschaft steht leer und wird nun mit Unterstützung von Dritten veräussert. Was wäre, wenn das Schulhaus nicht verkauft werden könnte? Dies kann ich nicht beantworten. Was die Veränderung der Volksschulkosten betrifft ist eine Systemfrage. Bisher wurde die Volksschule nach Klasseneinheiten finanziert, neu sind es die Vollzeiteinheiten der Lehrpersonen. Dies führt zu Kostenverschiebungen. Harry hat als Beispiel Worb und Rüfenacht aufgezeigt. Einen anderen Effekt wird bei ausserkommunalen Gemeinschaft erzielt. Es gibt eine Vorgabe, wie die Kosten innerhalb der Gemeinden verrechnet werden. Der Vertrag zwischen Schlosswil und Worb betreffend der Schulgemeinschaft existiert seit vielen Jahren. Nach der neuen Finanzierung der Volksschule (NFV) werden hier deutlich mehr Kosten generiert. In Ried hat es einige schulpflichtige Kinder, sicherlich auch, weil der Siedlungsraum in Ried vergrössert wurde. Diese Berechnung gilt ebenfalls, wenn Kinder von Worb in die Sportklassen nach Bern geschickt werden oder Kinder von anderen Gemeinden die Schule in Worb besuchen.

Anhang, Laufende Rechnung nach Artengliederungen (Seiten 34 bis 36)

Lädrach Markus, FDP: Ich habe eine Frage zum Konto 312, Sachaufwand, Wasserenergien und Heizmaterialien. Dies betrifft vor allem die Schulhäuser. Ich frage mich, ob dieser Aufwand nach den Sanierungen diverser Schulhäuser nicht abnehmen sollte? Leider ist das Gegenteil ersichtlich. Hat dies mit der Schulanlage Worboden zu tun, welche in einem schlechten Zustand ist oder was ist der Grund dafür?

Anhang, Investitionsrechnung (Seiten 37 bis 43)

Gfeller Paul, SVP: Ich habe eine Anmerkung zum Punkt Unterhalt Gewässer, Konto 316 auf der Seite 38. Beim Wasserbauplan Worble sind 3 Mio. Franken vorgesehen. Ich befürworte den Hochwasserschutz von Richigen bis nach Worb. Heute Abend wurde viel über Sparmassnahmen diskutiert. Bei diesem Projekt hätte ebenfalls gespart werden können. Ich sah kürzlich im Worboden die riesige Aushebung für den kleinen Graben. Sollen die Menschen bald mit den Schiffen nach Worb fahren? Da konnte ich nur den Kopf schütteln.

Gemeinderat Gimmel Jonathan, Departementsvorsteher Finanzen: Zum Projekt Hochwasserschutz werde ich mich nicht äussern. Dies ist ein dimensioniertes Projekt, in der Hoffnung, dass Hochwasser gebannt werden kann. Gerne würde ich Markus Lädrach zum Thema Wasserenergie und Heizmaterial noch eine Antwort geben. Hier ist die Ölpreissteigerung zu beachten. Ebenfalls sind in dieser Position die höheren Abwassergebühren enthalten. Zu beachten ist zudem das Einkaufsmanagement. Wenn viel eingekauft wird, entstehen jährlich relativ grosse Schwankungen. Es bestehen also im Moment keine Indizien, dass diese Kosten aufgrund der Schulanlage Worboden so hoch sind, sondern dass dies viel mehr auf gesteigerte Kosten bei den Energieträgern zurück zu führen ist.

Beschluss zum Rückweisungsantrag der Grüne-Fraktion, einen ausgeglichenen Voranschlag vorzulegen:

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 29 zu 3 Stimmen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 48 Bst. a der Gemeindeverfassung vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2013 mit einem Aufwand von CHF 51'539'073.00 und einem Ertrag von CHF 50'387'262.00, ergebend einen Aufwandüberschuss von CHF 1'151'811.00, wird genehmigt.
2. Für das Jahr 2013 werden folgende Gemeindesteuern festgelegt:
 - a. Ordentliche Steuern für Einkommen und Vermögen beziehungsweise die ihnen gleichgestellten Steuerobjekte das 1,60-fache der gesetzlichen Einheitsansätze
 - b. Liegenschaftssteuern: 1,2 Promille vom amtlichen Wert der Liegenschaften
 - c. Hundetaxe: CHF 80.00 je Tier, steuerfrei sind das 11. Tier und weitere des gleichen Halters, ebenso Militär-, Sanitäts-, Therapie-, Lawinen- und Blindenhunde.
3. Vorbehalten bleiben
 - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 48 Bst. a
 - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35
 der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
4. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Departement Sicherheit; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 339	15.10.2012	6	2009/12-409	240	54/10

Detailberatung

Ramseier-Doevendans Anneke, ASK: Niklaus Gfeller und Jürg Kaufmann haben uns freundlicherweise in der ASK-Sitzung Red und Antwort gestanden. Am 11. Februar 2005 liegt der Bericht vom Amt für Gewässerschutz und Abfall vor. Dabei wurde erklärt, dass es sich bei Lehn um eine jüngere Anlage handelte und das Gebiet über eine grössere Fläche belastet sei. Niemand hat dazumal Kenntnis davon, dass darunter noch ein viel älterer Kugelfang lag. Die Offerte für die Sanierung beruhte deswegen auf weniger gravierende Massnahmen. Die Berücksichtigung der Firma Berin GmbH war von Seiten des Kantons nie in Frage gestellt. Hier besteht offenbar eine klare Leaderposition der Firma Berin GmbH für die Ausführung dieser spezifischen Sanierungsarbeiten. Am 23. Juni 2008 hat der GGR einen Gesamtkredit für die Sanierungen von Lehn und der Rufenachter Anlage von CHF 343'100.- bewilligt. Also nur einen Kredit, nicht zwei. Es bestand also nicht je ein Kredit für Lehn und einen für Rufenacht. Deswegen können wir nur von einer Kreditüberschreitung von CHF 134'716.55 Kenntnis nehmen, obwohl die Kreditüberschreitung bei Lehn effektiv CHF 231'955.55 war. Im Dezember 2008 war bereits bekannt, dass die Sanierung wesentlich teurer sein würde. Der Gemeinderat wurde im Januar 2009 darüber informiert. Aber es war nicht möglich,

konkrete Zahlen für einen Nachkredit zu nennen, weil die Firma Berin GmbH, auch auf Nachfragen, keine Zahlen lieferte. Das Departement Sicherheit hat die Vorlage für den Kreditantrag formuliert. Aber tatsächlich handelt es sich hierbei um ein Baugeschäft, also wäre das Departement Bau zuständig. Es hat keine formelle Übergabe von Sicherheit zum Bau stattgefunden, nur eine mündliche Information. Das Resultat war, dass weder die Verwaltung Sicherheit noch die Verwaltung Bau sich für dieses Projekt verantwortlich fühlten. Normalerweise ist lediglich der Abteilungsleiter verantwortlich. Diverse Mitarbeiter visierten Zahlungsanweisungen in diesem Projekt. Alle wurden vom Strassenmeister, einige von dem Abteilungsleiter Bau und nur zwei von Roland Frey, Abteilungsleiter Sicherheit, visiert. Auch das interne Kontrollsystem betreffend Einhaltung des bewilligten Kredites hat versagt. Die ganze Zeit hat die Firma Berin GmbH die Kontrolle über den Verlauf der Bauarbeiten geführt. Der Geologe hätte sich an die Verwaltung wenden sollen und nicht der Firma Berin GmbH die Anordnung geben dürfen, mehr Material auszuheben. Betreffend der Firma Berin GmbH: Rechnungsbeträge stimmten zum Teil nicht mit den offerierten Beträgen überein, die Mengenangaben entsprachen zum Teil nicht den Tatsachen und zudem verrechnete die Firma eine pauschale Generalunternehmer-Entschädigung über die Gesamtsumme des Auftrags. Diese Entschädigung war in der Offerte nicht enthalten. Die Firma hat Rechnungen von Unterakkordanten zum Teil direkt an die Gemeinde gesandt und nicht zuerst selber übernommen. Die Verzögerung der Information des Grossen Gemeinderates über die Kreditabrechnung liegt daran, dass von Seiten des Geologen keine Antworten über das notwendige Verfahren mit massiven Kreditüberschreitungen kamen. Deswegen gibt ein Schreiben im Jahr 2011 von Herrn Kipfer an das Amt für Wasser und Abfall. Fazit der ASK: In diesem Fall kann nicht von einem Fehler die Rede sein. Es ist eine Verknüpfung von etlichen äusserst ungünstigen Tatsachen, welche zu diesem Fiasko, d.h. zu massiven Kreditüberschreitungen, geführt haben. Niemand in der Verwaltung fühlte sich wirklich verantwortlich und übernahm die Führung. Die interne Kommunikation war schlecht. Die Visierung der Belege erfolgte zum Teil durch Personen, welche nicht zuständig waren. Die Ausführungen eines Projektes mit den aufgezeichneten Mängeln und der daraus entsprechenden Kostenüberschreitungen hätte in der Privatwirtschaft klare Konsequenzen. Die Übernahme der Führung des Projektes, nicht nur der Ausführung, der Firma Berin GmbH mit entsprechenden Auswirkungen auf die Kosten ist ohne entsprechende Absegnung durch den Auftraggeber inakzeptabel. Die entsprechende Begründung der Firma Berin GmbH ist ungenügend. Eine Stellungnahme der Revisionsstelle der Gemeinde zur Entgleisung der Kosten in diesem Umfang sowie zur unkorrekten Visierung der Belege ist nicht eingefordert. In Zukunft muss der Gemeinderat bei der Kreditbewilligung für Bauprojekte die Zuständigkeit konkret definieren. Für Geschäfte mit Bauprojekten ist das Departement Bau zuständig. Das Geld ist weg. Vom vorliegenden Geschäft können wir nur Kenntnis nehmen und hoffen, dass es in Zukunft nie mehr so ein unkontrolliertes Geschäft gibt.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Sicherheit: Der vorliegende Kredit ist vor über 4 Jahren, nämlich am 23. Juni 2008, vom GGR bewilligt worden. Mit diesem Kredit wollte man den Schiessplatz Lehn und die beiden stillgelegten Schiessplätze in Rüfenacht sanieren. Die Sanierungsarbeiten im Schiessplatz Lehn hat man schon bald an die Hand genommen, die beiden Schiessplätze in Rüfenacht hat man erst später sanieren wollen. Während der Sanierung im Lehn im Oktober 2008 ist festgestellt worden, dass hier ca. doppelt so viel belastetes Bodenmaterial als erwartet vorliegt, das gereinigt und entsorgt werden muss. Dies hat dazu geführt, dass die Sanierungskosten ebenfalls ca. doppelt so hoch sind als vorgesehen. Zusätzlich wurden grössere Kugelfangkästen aufgestellt, als man gemäss Kreditantrag vorgesehen hat. Man hat zudem vergessen, die Kosten für das Fundament der Kugelfangkästen mit in den Kredit aufzunehmen und es ist auch keine Reserve eingerechnet worden. Damit ist der ganze Kredit schon allein durch die Sanierung des Schiessplatzes Lehn massiv überschritten worden. Aus diesem Grund hat man dann auf die Sanie-

rung der beiden Schiessplätze in Rüfenacht verzichtet. Weil hier nicht mehr geschossen wird, kann hier mit der Sanierung noch zugewartet werden. Die Sanierung von diesen beiden Schiessplätzen wird dann zu gegebener Zeit mit einem neuen Kreditantrag gestartet. Beim Studium des Dossiers stellt man fest, dass dieses Projekt ungenügend geführt worden ist. Dies hat die ASK-Sprecherin richtig erläutert. Das Projekt ist dem Departement Sicherheit zugeordnet, obschon in der Polizeiabteilung die nötige Erfahrung mit Bauprojekten fehlt. Trotzdem hat man darauf verzichtet, das Geschäft dem Departement Bau zu übergeben. Die fehlende Führung hat dazu geführt, dass Entscheide nicht auf der richtigen Stufe gefällt worden sind. Man liest beispielsweise, dass der Geologe offensichtlich ohne Rücksprache mit der Gemeinde angeordnet hat, dass noch mehr Bodenmaterial zu entfernen ist. Die Firma Berin ist recht eigenmächtig vorgegangen. Das interne Kontrollsystem wurde in der Polizeiabteilung nicht gemäss den Vorgaben im Funktionendiagramm befolgt. Wenn dies der Fall gewesen wäre, hätte die Abteilung rechtzeitig ein Nachkreditgesuch eingereicht. Vor allem wurde es verpasst, den Grossen Gemeinderat frühzeitig über die zu erwartende Kostenüberschreitung zu informieren. Dies hätte allenfalls bereits im Oktober 2008 oder spätestens im November 2008 erfolgen können. Die wichtigste Konsequenz aus diesem Geschäft ist, dass Bauprojekte ausnahmslos über die Bauabteilung abgewickelt werden. Damit dies korrekt passiert, muss bei jedem Bauprojekt eine rechtzeitige Übergabe an das Departement Bau und damit an unsere Bau-Sachverständigen erfolgen. Das interne Kontrollsystem ist wie alle derartigen Instrumente nur bei ordnungsgemässer Anwendung wirksam. Soweit ich mich erinnern kann, ist dies bei allen anderen Geschäften bis jetzt auch so passiert. Es gibt deshalb aus meiner Sicht keinen Grund, das Instrument zu verändern. Hingegen muss das richtige Befolgen des internen Kontrollsystems regelmässig eingefordert werden. Der Gemeinderat bittet euch, die Kreditabrechnung zur Kenntnis zu nehmen.

Blumer Jacques, FDP: Dieses Geschäft ist wirklich nicht erfreulich. Die Kreditüberschreitung in diesem Geschäft beträgt 87%. Dies ist eine sehr hohe Überschreitung. Die FDP ist bestürzt, was alles über diese Monate, Jahre falsch abgewickelt wurde. Praktisch das ganze Projekt wurde falsch ausgeführt. Offensichtlich hat es bereits bei der Zuteilung an das Departement Schwierigkeiten gegeben. Dies hat der Gemeinderat bestätigt und es ist ein schönes Zeichen, dass er dies einsieht. Ebenfalls lief die Führung der Projekte nicht korrekt ab. Projekt- oder Abteilungsleiter können solche Verantwortungen wahrnehmen und verfügen über die nötigen Kompetenzen. Dies ist in der Verwaltung ebenso wichtig wie in der Privatwirtschaft. Somit können Projekte und Firmen kompetent geführt werden. Es ist eine wichtige Aufgabe die Rechnungen korrekt zu überprüfen und hinterfragen. Bei gewissen Projekten werden externe Berater hinzugezogen, falls intern keine vorhanden sind. In diesem Projekt wäre es allenfalls sinnvoll gewesen, einen externen Bauleiter zu engagieren, falls interne Berater nicht zur Verfügung gestanden wären. Der Bauleiter hätte mit 10% des Honorars entschädigt werden können, dies wären in diesem Geschäft rund CHF 25'000.-. Diese Investition hätte sich auf jeden Fall gelohnt. Die FDP ist froh, wenn die Lehren von diesem Geschäft in Zukunft wirklich vollzogen werden. Eine solche Kreditüberschreitung soll nicht mehr vorkommen, denn es wäre nicht nötig gewesen.

Burkhalter-Huber Regula, SP: Die ASK hat schon einiges gesagt. Ich habe noch einige Fragen und Ausführungen. Im Juni 2008 haben wir den Kredit bewilligt, damit die Schiessanlagen in Worb und Rüfenacht saniert werden können. Vier Jahre später ist nur die Anlage in Worb saniert und die ganze Kreditsumme wurde dafür verwendet. Zudem wurde der Kredit um CHF 134'716.55 überschritten. Wie ist das möglich? Nachforschungen und Abklärungen haben ergeben, dass einiges schief gelaufen ist. Zum Beispiel hat zwischen dem Departement Sicherheit und dem Departement Bau keine formelle Übergabe stattgefunden. Deswegen fühlte sich niemand verantwortlich oder im entscheidenden Moment zuständig. Wo war der Projektleiter, der der Firma Berin GmbH auf die Fin-

ger hätte schauen können? Er hätte auch das Gutachten des Geologen, das eine massive Verteuerung der Sanierung bewirkte, prüfen können und den Auftrag durch die Gemeinde hätte auslösen sollen. Weshalb stehen auf den einen Zahlungsanweisungen die Unterschriften des Abteilungsleiter Bau und auf anderen die des Abteilungsleiter Sicherheit? Weshalb wurde bei der Finanzabteilung kein Alarm ausgelöst, als sich die Kreditüberschreitung abzeichnete? Hat das interne Kontrollsystem versagt? Eine Frage an uns alle: Weshalb hat der Grosse Gemeinderat an der Sitzung vom 17. Mai 2010 die Rechnung 2009 einstimmig gutgeheissen, obwohl darin ersichtlich war, dass die bisherigen Ausgaben für die Sanierung der Schiessanlage Lehn weit über dem bewilligten Kredit lagen? Die SP stellt fest, dass dieses Geschäft nicht geführt wurde. Zudem vermisst sie auch die klare Übernahme der Verantwortung der Verwaltung. Die SP verlangt deshalb folgende Punkte. Erstens: Bei Geschäften, die von einem zu einem anderen Departement übergeben werden, muss zwingend eine formelle Übergabe stattfinden. Zweitens: Das interne Kontrollsystem muss grundlegend geprüft werden. Doppelunterschriften von Abteilungsleitenden sind dabei auszuschliessen. Im internen Kontrollsystem ist ferner ein Frühwarnsystem vorzusehen, welches durch die Finanzverwaltung geführt wird. Ebenfalls ist sicherzustellen, dass die Verwaltung die politisch Vorgesetzten rechtzeitig informiert. Die Überprüfung des internen Kontrollsystems könnte durch die Aufsichtskommission begleitet werden. Drittens: Nachkredite müssen in Zukunft beantragt werden, bevor Verpflichtungen eingegangen werden, die den Ursprungskredit von 10% übersteigen.

Wälti Martin, SVP: Als begnadeter Schütze könnte ich sagen: Der Kugelfang ist saniert – alles ist gut. Die Bleifänger sind ebenfalls installiert. In Rüfenacht bestehen noch zwei Anlagen, welche seit längerer Zeit ausser Betrieb, aber immer noch belastet sind. Spass beiseite. Wir von der SVP sind genauso betroffen, wie alle anderen. Für uns besteht das grösste Problem darin, dass Ende 2008 kein Nachkreditgesuch eingereicht wurde. Zumindest in einer Abteilung hätte die Kontrolle richtig stattfinden müssen. Wir nehmen die Kreditabrechnung zur Kenntnis und danken von Seiten der Schützen den Steuerzahlern, dass diese Anlage saniert werden konnte. In diesem Projekt und auch beim Umbau des Schützenhauses haben sich sehr viele freiwillige Schützen engagiert. Ohne diese Arbeit wäre der Kredit wohl um das doppelte überschritten worden. Letztendlich haben wir heute Abend viel über Sparpotential gesprochen. Als Schütze kann ich anfügen, dass bei diesem Projekt auch Sparpotential vorhanden gewesen wäre. Vom Kanton wurde massiv Druck ausgeübt, dass die Schiessanlagen saniert werden. Eigentlich sollten dann zuerst die Schiessanlagen saniert werden, welche in einem Gewässerschutzgebiet liegen oder dort wo Lebewesen gefährdet sind. Bei der Schiessanlage Lehn kamen noch keine Kühe oder Rinder zu Schaden. Der Bund hat mitgeteilt, dass ab dem Jahr 2010 keine Sanierungsbeiträge mehr gesprochen werden. Bis anhin hat der Bund 40% bezahlt. Im Moment spricht der Bund davon, dass die Beiträge erst ab dem Jahr 2020 wegfallen werden. Sparpotential wäre also sicherlich vorhanden gewesen. Die SVP nimmt diese Kreditabrechnung zur Kenntnis.

Gambon Albert, SVP: Ich unterstütze das Votum des SVP-Präsidenten voll und ganz, möchte aber noch eine persönliche Anmerkung als Mitglied der ASK anbringen. Seit drei Jahren habe ich bereits Kenntnis von dieser Kreditüberschreitung und immer wieder wurde ich vertröstet, dass dieses Geschäft bald im Grossen Gemeinderat traktandiert werde. Aus diesem Grund habe ich mich bisher nicht dazu geäussert. Weshalb sind Rechnungen bezahlt worden, welche nicht von der zuständigen Person visiert worden sind? Dies ist für mich nicht nachvollziehbar. Weshalb hat dies die Kontrollstelle nicht gemerkt? Die ASK hat schon mehrmals darauf hingewiesen, dass Belege nicht korrekt oder nicht visiert sind. Aus meiner Sicht hätte dies die Kontrollstelle merken müssen und anschliessend hätte der Gemeinderat informiert werden sollen, weil die Überschreitung massiv war. Wurde

in diesem Geschäft ein Werkvertrag abgeschlossen? Normalerweise werden bei solchen Projekten Werkverträge abgeschlossen. Falls kein solcher Vertrag besteht, weshalb nicht?

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Sicherheit: Gemäss meinem Wissen wurde ein Werkvertrag abgeschlossen. Die Unterlagen vom Projekt habe ich nicht dabei und deshalb kann ich diesen Vertrag nicht vorlegen. Die weiteren Fragen und Gedanken nehme ich zur Kenntnis. Die Konsequenzen von dieser Kreditabrechnung sind uns allen bewusst.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates bleibt unbestritten. Somit ist in Anwendung von Art. 17 Abs. 1 und 2 der Gemeindeverfassung vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Der Grosse Gemeinderat nimmt von der Kreditabrechnung des Geschäfts Sanierung Kugelfänge wie folgt Kenntnis:

Total bewilligter Kredit	CHF 343'100.00
Total beanspruchte Mittel	<u>CHF 477'816.55</u>
Kreditüberschreitung	<u>CHF 134'716.55</u>

2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

(Ratspräsident Stauffer Heinz gibt einen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser dauert von 21.40 bis 21.45 Uhr. Die Protokollführerin.)

Motion der SVP-Fraktion betreffend Anpassung der Recycling-Sammelstellen / Angebot ergänzen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 339	15.10.2012	7	2009/12-410	599	34/2/0

Hirsbrunner Bruno, SVP: Die Begründung ist bereits auf dem Vorstoss ausgeführt, ich möchte lediglich noch einige Ergänzungen anbringen. Es ist wichtig, dass die Worber Bevölkerung zur Abfalltrennung animiert und sensibilisiert wird. Die benötigte Infrastruktur soll von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden, damit die Abfalltrennung durchgeführt werden kann. Heute sind im Bahnhof Bern mehr als 100 neue Kehrrechtstationen aufgestellt worden. So können bereits die Passanten den Abfall trennen. In Deutschen Bahnhöfen und öffentlichen Orten sind solche Stationen bereits Standard. Je mehr Recyclingmöglichkeiten angeboten werden, desto besser werden sie genutzt. Alu und PET wird seit Jahren erfolgreich gesammelt. Es gibt erfolgreiche Sammelaktionen in Schulhäusern. Leider kann PET in den Aussenorten nicht recycelt werden. Durch einfache Massnahmen könnte getestet werden, ob solche Recyclingsammelstellen auch genutzt würden. Die

Sammelstelle an der Schulhausstrasse in Worb verfügt ebenfalls über keine PET-Abgabestelle. Ebenfalls sind die Sammelstellen beim Feuerwehrmagazin und beim Lindhaldenquartier unbefriedigend, besonders für ältere Personen. Die Plastikentsorgung lief in der Stadt Bern nicht gut, aber dies kann ein Ansporn sein, dass die Plastikentsorgung bei den Gemeinden direkt geregelt wird. Worb könnte eine Vorreiterrolle übernehmen. Besten Dank für die Unterstützung unserer Motion.

Gemeinderat Hubacher Peter, Departementsvorsteher Umwelt: Bei der Bearbeitung dieser Motion habe ich festgestellt, dass es mindestens so viele Sachverständige, Experten und Spezialisten gibt wie im Bildungswesen. Ich unterstütze den Antrag von der SVP, dass der Abfall getrennt wird. Doch wo? Bei Raststätten oder an beaufsichtigten Stellen ist dies wunderbar. Unbeaufsichtigte Abgabestellen sind nicht brauchbar. Dieses Thema wird auch in den Medien diskutiert. In der Ausgabe der Zeitung „Der Bund“ vom 11. Oktober 2012 ist ein fast einseitiger Bericht darüber erschienen. Die Stadt Bern setzt nun sogenannte Rancher und Rancherinnen ein, damit sie dieses Problem einigermassen in den Griff bekommt. Gerne möchte ich euch einige Stellen aus diesem Artikel zitieren. Das Problem wird bereits im Titel angesprochen: „Bern gibt das Angebot auf – Worb diskutiert die Einführung am nächsten Montag“. Im Weiteren: „Da einzig die Stadt Bern eine solche Mülltrennung ohne Gebühr anbietet, gibt es nächtliche illegale Hausmüll- und Plastikdeponierungen von Autos mit fremden Kennzeichen.“ Die Anwohner berichten, dass das Littering erheblich zugenommen hat. Der Helvetiaplatz, welcher im Vorstoss als Referenz angegeben hat, ist bereits liquidiert. Der Verantwortliche der Stelle Entsorgung und Recycling (ERB) sagt: „Die Verarbeitung ist heute immer noch sehr aufwendig und teuer. Mischplastik muss sortiert werden, bevor es als Ersatzbrennstoff verwertet werden kann.“ Ab dem Jahr 2013 bietet die Migros und später wahrscheinlich auch andere Grossverteiler bei ihrer Sammelstellen Plastikboxen an. Dort können Verpackungen von Shampoo, Duschgel, Waschmittel entsorgt werden. Im Artikel steht weiter, dass Worb die einzige Agglomerationsgemeinde von Bern wäre, welche unbeaufsichtigte Kunststoffsammlstellen anbieten würde. Die umliegenden Gemeinden wie Belp, Muri, Münchenbuchsee, Bolligen, Ostermündigen, Münsingen und Köniz besitzen keine solchen Sammelstellen. Nun zum Vorstoss der SVP. Am 25. Juni 2012 hat die SVP-Fraktion die oben erwähnte Motion eingereicht. Das Geschäft wurde mit Gemeinderatsbeschluss vom 2. Juli 2012 dem Departement Umwelt zur Stellungnahme betreffend Erheblichkeit überwiesen. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass es eine laufende Aufgabe der Bauabteilung ist, die Sammelstellen den stetigen Entwicklungen im Recyclingbereich anzupassen. Der Vorstoss bezweckt die Realisierung und den Ausbau der Recycling-Sammelstellen in Worb, Rüfenacht und allen sechs Aussenorten. Das Departement Umwelt hat dieses Thema der Recyclingsammelstellen im Jahre 2008 mit den Aussenorten bereits behandelt wurde. Damit aber der Inhalt des Vorstosses auf der Basis einer konsolidierten Meinung geprüft werden kann, wurden alle Aussenorte über den Vorstoss informiert und eine erste Rückmeldung eingeholt. Enggistein: Gemäss Rückmeldung der Ortsgemeinschaft Enggistein ist die Erstellung einer Sammelstelle nicht erwünscht. Richigen: Noch keine Antwort erhalten. Vielbringen: Möchte keine solche Sammelstelle, da das Ortsbild aufgrund von Littering geschädigt werden könnte. Ried: Gemäss E-Mail kann erst per Ende Jahr eine konsolidierte Rückmeldung erwartet werden. Wattenwil-Bangerten: Gemäss mündlicher Rückmeldung besteht eher weniger Bedarf. Die Gesamtkosten für einen solchen Ausbau wären bei ca. CHF 160'000.-. Für den Unterhalt müssten jährlich ca. CHF 30'000.- aufgewendet werden. Heute Abend wurde über Spassnahmen diskutiert. Markus Lädach hat gesagt, dass die Gemeinde Worb kein Geld für Luxus hat. Diese Sammelstellen sind aber Luxus. Gerne gebe ich die Sammelstellen in Worb bekannt: Werkhof Worb, Schulhaus Zentrum, Coop, Bärenzentrum, recy, Entsorgungshof und Landi. In Rüfenacht bestehen Sammelstellen beim Feuerwehrmagazin sowie beim Coop. In Wattenwil steht ein Container, bei dem Glas entsorgt werden kann. Bruno Hirsbrunner erläuterte, dass dort auch eine Sammelstelle für PET entstehen soll. Aber sind wir ehrlich, die Ein-

wohner packen die leeren PET-Flaschen in den Einkaufskorb und entsorgen das PET in der Migros. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Gemeinde Worb ein gutes und attraktives Recyclingsammelstellenangebot verfügt. Aus den Rückmeldungen von den Aussenorten ist ebenfalls ersichtlich, dass die Einwohner mit dem Angebot zufrieden sind. In Anbetracht der Kosten und der angespannten Finanzlage der Gemeinde sind solche Luxusvarianten wohl nicht erwünscht. Im Weiteren ist es eine laufende Aufgabe der Verwaltung und des Departements Umwelt die aktuellen, besten, preisgünstigen Recyclingformen zu überprüfen und das System anzupassen. Aufgrund dieses Vorstosses werden die Informationstafeln bei den Sammelstellen aktualisiert und präzisiert. Aus diesen Gründen beantragt der Gemeinderat die Nichterheblicherklärung des Vorstosses.

Kämpfer Erwin, FDP: Die Motion beauftragt den Gemeinderat dafür zu sorgen, bei allen bisherigen Recycling-Sammelstellen (inkl. aller Aussenorte) erweiterte Möglichkeiten für rezyklierbare Stoffe zu sammeln. Wir Schweizer, als vorbildliche Recycler, bemühen uns, bedingt durch unseren Lebensstil anfallenden Abfall, ordentlich sauber zu trennen und zu entsorgen. Diesem Anliegen, den schonenden Umgang unserer Ressourcen zu fördern, ist aus umweltpolitischer Optik, möglichst optimal entgegen zu kommen und die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Worb verfügt über mehrere zentrale, kostenlose Recycling-Sammelstellen, ergänzt mit weiteren, auch kostenpflichtigen Entsorgungsplätzen. Wir von der FDP sind der Ansicht, dass mit den bestehenden Möglichkeiten, bereits ein ausreichendes Angebot und eine gute Abdeckung von Recycling-Sammelstellen für die Einwohner der Gemeinde Worb inkl. der Aussenorte zur Verfügung steht. Allfällige Lücken wären höchstens punktuell zu ergänzen. Da sich die bestehenden Sammelstellen zudem an zentralen Orten in der Gemeinde Worb befinden, können entsprechende Entsorgungen auch in Kombination mit dem Alltag, den Einkäufen und weiteren Aktivitäten erledigt werden. Es liegt also auch in der Eigenverantwortung des Einzelnen, hier eine nachhaltige Optimierung anzustreben. Wie wir zudem kürzlich aus den Medien erfahren haben, stellt die Stadt Bern ihr Sammelkonzept um und in den umliegenden, vergleichbaren Gemeinden, werden keine sogenannten „Quartiersammellösungen“ geführt. Der Grund: Die Abfallmengen fallen meist zu gering aus, als dass die Materialerlöse die Kosten für die Logistik und Verwertung decken würden. Aufgrund dieser Ausführungen sehen wir keine Veranlassungen für eine Angebotserweiterung oder einer Anpassung der Recycling-Sammelstellen. Die FDP lehnt deshalb die vorliegende Motion ab. Einer Umwandlung in ein Postulat könnte die FDP allenfalls zustimmen.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Die SP findet das Anliegen der SVP grundsätzlich gut und wichtig. Sie ist aber auch der Meinung, dass wir in Worb bezüglich Sammelstellen bereits nicht schlecht bestückt sind. Ich denke hierbei an die Entsorgungs- und Recyclingangebote in der Migros, im Coop, im Recy und auf dem Entsorgungshof. Wir unterstützen jedoch das Anliegen, dass die Entsorgungsmöglichkeiten in den Aussenorten geprüft und bei Bedarf angepasst und ergänzt werden sollen. Was ja offenbar bereits passiert ist. Was uns aber fast wichtiger erscheint ist, dass gute Vorlagen respektive Anleitungen was, wo, wie und warum entsorgt werden kann, geschaffen werden. Wir denken hierbei an klare Hinweisschilder und Entsorgungspläne mit Piktogrammen und in verschiedenen Sprachen. In wie weit Kunststoff gesammelt werden kann und soll, bedarf, nach nicht nur positiven Erfahrungen die andernorts gemacht wurden, unserer Meinung nach genauen Abklärungen. Die SP ist der Meinung, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt werden sollte und wird das Anliegen der SVP in Form eines Postulates unterstützen.

Hirsbrunner Bruno, SVP: Der Vorstoss hat auf jeden Fall etwas bewirkt. Es gäbe sicherlich auch günstigere Varianten als Sammelstelle für den genannten Betrag. Die SVP wandelt diese Motion in ein Postulat um.

Gemeinderat Hubacher Peter, Departementsvorsteher Umwelt: Ich möchte anfügen, dass dieses Postulat keine grosse Wirkung hat, da das Department Umwelt und die Verwaltung sich sowieso mit diesem Thema auseinandersetzen. Zu den Bedürfnissen kann ich noch Folgendes ergänzen: Die Sammelstelle in Wattenwil wird alle zwei Jahre geleert. Zum Votum von Sandra Büchel kann ich mich lediglich wiederholen. Die Hinweisschilder werden mit Piktogrammen aktualisiert und präzisiert. Das Postulat kann überwiesen werden, aber es ändert nichts an der Sachlage.

Beschluss:

Die in ein Postulat umgewandelte Motion der SVP-Fraktion betreffend Anpassung der Recycling-Sammelstellen / Angebot ergänzen wird mit 19 zu 11 Stimmen als erheblich erklärt.

Postulat der SP-Fraktion betreffend Bessere öffentliche Infrastrukturen in Rüfenacht

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 339	15.10.2012	8	2009/12-411	549	41/10

Zeh Weissmann Heiko, SP: Rü-fen-acht hat gegenüber Worb nicht nur drei Silben, sondern auch drei Tramstationen. Rüfenacht zieht sich in die Länge. Im Oberdorf gibt es die Schule und das Kirchgemeindehaus. Im mittleren und unteren Dorfteil gibt es fast keine öffentlichen Infrastrukturen. Von der Post bis zum Scheyenholz ist Rüfenacht heterogen, multikulturell und farbig. Infrastruktur ist hier notwendig, damit sich bei Quartieranlässen Menschen treffen und zusammen leben können. So kann Leben in das Quartier gebracht werden. Aber wo ist das möglich? Der Robi-Spielplatz ist ein bewährter Begegnungs- und Ausgangspunkt zur Verbesserung der Infrastruktur. Jedoch fehlen hier rudimentäre Einrichtungen. Wir wollen keinen Robidog für den Robi-Spielplatz, sondern eine öffentliche Toilette sowie erweiterte Sitzgelegenheiten mit Sonnenschutz und einen beheizbaren Raum. Der Robi-Spielplatz wird heute schon bereits sehr gut genutzt, wie zum Beispiel am 4-Themen-Anlass der Jugendarbeit, welcher bis zu 100 Personen anlockt. Vor allem ist der Spielplatz ein Treffpunkt des unteren Dorfteils von Rüfenacht. Ein Mobi-Toi während der jetzigen Zirkuswoche hat sich bewährt. Vandalismus hat nicht stattgefunden, aber trotzdem ist dies keine Dauerlösung. Ein beheizbarer Raum, während der Betreuungszeiten der Jugendarbeit erhöht die Verweilzeit und die Nutzung im Winter. Vielleicht reicht ja bereits ein Occassion-Kachelofen der mit Holz beheizbar ist. Als Träger könnten der Robi-Verein und die Jugendarbeit auftreten. Die Jugendarbeit hat bei der Selbstverwaltung des Freizeittreffs genügend Erfahrung. Zu prüfen ist, ob die Jugendlichen beim Unterhalt vom beheizbaren Raum und der Toilette beteiligt und in die Verantwortung genommen werden können, zum Beispiel als Hauswartsjob. Dies kommt nicht nur den Jugendlichen, den Kindern und den Betreuungspersonen sondern auch den Nutzern des benachbarten Schrebergartens zugute. Auch diese Personen könnten die Infrastruktur zum Hände waschen oder zur Benützung der Toilette gebrauchen. Der Raum könnte auch für sie als Treffpunkt genutzt werden. Das Beispiel dieses konkreten Ausgangspunktes zeigt, dass auch mit bescheidenen Mitteln die öffentliche Infrastruktur in Rüfenacht verbessert werden kann. Kinder, Betreuungspersonen, Jugendliche, engagierte Personen der Jugendarbeit und des Robi-Vereins, die Hobbygärtner sowie die Personen des unteren Dorfteiles in Rüfenacht sollten es uns Wert sein, dass ihre Anliegen ernst genommen werden und eine Verbesserung der Infrastruktur geprüft wird. Auch angesichts der an-

gespannten Finanzlage kann mit einem „Keep it small and simple Project“ für das nächste Jahr etwas geprüft und in Angriff genommen werden. Mit bescheidenen Mitteln können diese berechtigten Anliegen in die Tat umgesetzt werden.

Gemeinderat Stoll Hanspeter, Departementsvorsteher Soziales: Das Postulat der SP-Fraktion verlangt generell zusätzliche Infrastrukturen im unteren Dorfteil von Rüfenacht – also ab Post – damit das Dorfleben sowie der kulturelle Austausch verbessert werden kann. In der Begründung konkretisieren die Postulanten dann ihre Forderungen, indem der Robispielplatz im Fokus steht. Der Gemeinderat ist froh, dass der Robi im Zentrum steht. Eine generelle Forderung nach besseren öffentlichen Infrastrukturen in Rüfenacht wäre in dieser allgemein formulierten und umfassenden Art mit den heute zur Verfügung stehenden Mitteln sicher heute nicht realistisch. Der Gemeinderat ist froh, dass es hier um den Robi-Spielplatz geht und ich bitte euch, diesen Vorstoss als erheblich zu erklären. Dies als Vorbemerkung. Es ist bekannt, dass der Robi-Spielplatz ein etablierter und wichtiger Begegnungsort mit ungenügenden Einrichtungen ist. Leider hat es heute weder einen Unterstand noch Sitzgelegenheiten, einen geschützten Raum oder eine Toilette. Der Spielplatz wird von vielen Menschen genützt. Jüngere und ältere Menschen treffen sich dort. Es gibt aber auch Leute von Worb, die den Robi-Spielplatz nicht kennen. Dies ist schade und auch deshalb sollte der Platz aufgewertet werden. Der Gemeinderat möchte darum und zusammen mit den beteiligten Institutionen wie Landeigentümer, Spielplatzverein Robi, offene und kirchliche Kinder- und Jugendarbeit, Bauabteilung konkret nach Verbesserungsmöglichkeiten suchen. Dabei sollen auch Fragen zur Finanzierung, zur konkreten Realisierung und des späteren Unterhalts der Anlagen diskutiert und Vorschläge erarbeitet werden. Der Gemeinderat beantragt dem Grossen Gemeinderat, dieses Postulat als erheblich zu erklären.

Beschluss:

Das Postulat der SP betreffend Bessere öffentliche Infrastrukturen in Rüfenacht wird grossmehrheitlich als erheblich erklärt.

Postulat der SP-Fraktion betreffend Integration jetzt

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 339	15.10.2012	9	2009/12-412	550	41/10

Le Fort Geneviève, SP: Worum geht es in der Integration eigentlich? Integration hat für alle Beteiligten immer und überall mit Herausforderungen zu tun. Für die ausländischen Zuzüger, und ich spreche nicht von mir, sondern mehr von den Einwohnern, welche in Downtown Scheyenholz wohnen, ist es eine Herausforderung in einer Fremdsprache zu sprechen. Die Herausforderung bisher ungewohnte Lebensweisen zu bewältigen und sich entsprechend zu verhalten. Die Herausforderung das Schweizer Schulsystem zu verstehen und ihre Kinder in der Schule und Ausbildung unterstützen und begleiten können. Die Herausforderung, die administrative Welt zu begreifen und darin seinen Weg zu finden. Nicht zu vergessen ist die Herausforderung die berufliche Tätigkeit sowie die wirtschaftliche Selbstständigkeit für sich und die Familie zu erreichen. Je nach Herkunft, Fähigkeiten, Geschichte, Wille, Unmut können diese Herausforderungen als sehr schwierig erscheinen. Klar ist, dass man sich bemühen muss und zwar nicht nur ein wenig. Auf der anderen Seite stellt der Integrationsprozess auch eine Herausforderung für die Gemeinde dar. Als einer der wichtigsten

Akteure sollte sie Massnahmen planen und umsetzen, welche die Integration begünstigen. Viele solcher Massnahmen sind bereits im Integrationsbericht 2005 festgehalten. Einige wurden bereits umgesetzt und unterstützen damit die Integration in unserer Gemeinde. Allerdings bleiben einige wichtige Aspekte für eine umfassende Integrationspolitik unbeantwortet. Mit einem Migrationsanteil von ca. 15% der Bevölkerung sollte das Thema Integration generell die Politik der Gemeinde prägen. Und zwar überall wo es nötig ist respektiv wo es zu einer besser Integration führt. Sei es Gemeinde, Quartierentwicklung, Schulwesen oder die Kommunikation der Gemeinde. Dies sind einige Beispiele. Andere Punkte sind zu überdenken und allenfalls anzupassen. Für eine fremdsprachige Person ist zum Beispiel der nur telefonisch mögliche Zugang zur Integrationsstelle ein Hindernis. Ein obligatorisches Erstgespräch beim Zuzug würde der Kontakt zwischen der Gemeinde und Ausländer etablieren. Damit wäre das eben auch genannte Hindernis bei der Integrationsstelle überwunden. Voraussetzung für solche Gespräche wäre eine Stärkung der interkulturellen Kompetenz innerhalb der Verwaltung. Integration beruht auf Gegenseitigkeit. Sie soll für beide Seiten verpflichtend sein. Eine Integrationsvereinbarung zwischen der ausländischen Bevölkerung und der Gemeinde hätte diesbezüglich den folgenden Nutzen: Mit einer verbindlichen Vereinbarung würde die Gemeinde alle Personen mit Migrationshintergrund erreichen. Insbesondere auch diejenige, welche sich nicht integrieren wollen oder können. Damit hätte die Gemeinde einen besseren Überblick und könnte auch individuelle Massnahmen umsetzen oder anordnen. Eine verbindliche Integrationsvereinbarung könnte zu einer effizienten und effektiven Integrationspolitik zum Nutzen der Worber Allgemeinheit beitragen. Die SP bittet aus diesen Gründen das Postulat als erheblich zu erklären.

Gemeinderat Stoll Hanspeter, Departementsvorsteher Soziales: Die SP-Fraktion verlangt mit ihrem Postulat eine Prüfung der Frage, wie die ausländische Bevölkerung in unserer Gemeinde verbindlicher integriert werden kann. Die Unterzeichnenden beziehen sich dabei auf den Bericht „Förderung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung“ in der Gemeinde Worb von 2005. Der erarbeitete Integrationsbericht soll überarbeitet werden. Es wird festgestellt, dass einige Erfolge - ich möchte anfügen einige wesentliche Erfolge. Insbesondere die Schulsozialarbeit, die Integrationsstelle sowie die Weiterführung und Sicherstellung des Interkulturellen Treffpunkt. Es sind aber etliche Empfehlungen unbeachtet geblieben und erfolgversprechende neue Handlungsfelder und Instrumente fehlen. Im Bericht wird ausdrücklich erwähnt, dass die Vorschläge den Status unverbindlicher Empfehlungen haben und die Entscheidungskompetenz bei den Departementen und dem Gemeinderat liegt, was durch die Gemeinde umgesetzt werden soll. Es kann festgestellt werden, dass von den 24 Empfehlungen 11 umgesetzt und 4 teilweise umgesetzt werden konnten. Aus dem Bericht ist ersichtlich, dass die Umsetzung der Massnahmen und Projekte nicht allein die Aufgabe der Gemeinde sein kann sondern nur durch gemeinsame Bemühungen der Gemeinde, der Kirchgemeinden, der Schulen, der Vereine, von einzelnen Organisationen und der ausländischen Wohnbevölkerung selbst zum gewünschten Integrationserfolg führen kann. Bevor ich auf die vier Punkte eingehen werde, möchte ich noch einige Zahlen nennen. Der Anteil an Personen ohne Schweizerbürgerrecht in der Gemeinde Worb liegt bei 14,9%. Es sind rund 1'600 Personen, mehr männliche als weibliche Personen. Die meisten Neuzuzüger kommen aus dem EU-Raum. Der überwiegende Teil der Neuzuzüger hatte bereits Wohnsitz in einer anderen Schweizer Gemeinde. Pro Jahr werden aktuell rund 250 Neuzuzüger registriert. Im laufenden Jahr sind es gemäss Hochrechnung 170 Schweizerinnen und Schweizer, 80 Ausländer, davon rund ein Viertel mit deutscher Staatsbürgerschaft. Der Ausländeranteil ist also nicht sehr hoch bei den Zuzüger. Die Postulanten verlangen namentlich die Prüfung folgender zusätzlicher Handlungsfelder, zu denen ich in der Folge kurz Stellung nehmen will. Erstens: Obligatorisches Erstgespräch bei Zuzug. Ein erstes kurzes Gespräch ergibt sich vor oder kurz nach dem Zuzug durch die Anmeldung bei der Einwohnerkon-

trolle. Unter Berücksichtigung des verhältnismässig kleinen Ausländeranteils und der Tatsache, dass die meisten Personen bereits in einer anderen Schweizer Gemeinde Wohnsitz hatten oder aus Deutschland stammen, erachten wir ein umfassendes, obligatorisches Erstgespräch als unverhältnismässig. Neben dem bereits Genannten verfügen die Mitarbeitenden der Polizeiabteilung über keine entsprechende Ausbildung in diesem Bereich, um umfassende Erstgespräche und die sinnvollerweise enthaltenen Beratungen, Informationen etc. durchführen zu können. Merkblätter und Hinweise auf Integrationskurse usw. könnten allenfalls dem entsprechenden Personenkreis abgegeben werden. Zweitens: Einforderung von Integrationsbemühungen mittels Integrationsvereinbarung. Ziel für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde Worb ist die soziale und berufliche Integration, einschliesslich Sprache und Kultur. Die soziale und berufliche Integration ist nicht ein spezifisches Thema für Personen anderer Nationen sondern für alle Bewohnerinnen und Bewohner. Die meisten Personen erbringen den Tatbeweis ihrer Integrationsbemühungen durch ihre berufliche Integration und wirtschaftliche Selbständigkeit. Personen, welche die berufliche Integration und wirtschaftliche Selbständigkeit suchen. Personen, welche die wirtschaftliche Selbständigkeit nicht erlangen sind meist auf Sozialhilfeleistungen angewiesen. Dort werden mit einer individuellen Zielvereinbarung die erwarteten Integrationsbemühungen verbindlich festgelegt. Dieses Vorgehen erachtet der Gemeinderat als zielgerichtet und verhältnismässig. Eine gewisse Problematik besteht beim Thema „Ehepartner von Erwerbstätigen“. Es geht dabei vor allem um Paare, wo der Mann berufstätig ist, unsere Sprache beherrscht, integriert ist, die Ehefrau ist dagegen zu Hause, den Haushalt besorgt und nicht oder nur sehr schlecht Deutsch kann. Gerade aus Einbürgerungsgesprächen ist diese Situation bekannt. Hierbei stellen wir jedoch immer wieder fest, dass es kaum Verbesserungsmöglichkeiten für solche Situationen gibt, da wir seitens Gemeinde keine rechtliche Handhabung haben, solche Partnerinnen überhaupt zu erfassen oder zu verpflichten. Drittens: Städtebauliche Quartierentwicklung, ortsplanerische Massnahmen in Richtung ausgewogener Bevölkerungsmix. Im Rahmen der Ortsplanung hat die Gemeinde Möglichkeiten, die Entwicklung zu beeinflussen. Diese Steuerungsmöglichkeit nimmt sie auch wahr. Die Quartierentwicklung und insbesondere eine ausgewogene Verteilung der Altersgruppen, der Geschlechter, der Einkommensklassen, der Kulturen und Sprachen sind jedoch kaum beeinflussbar. Liegenschaftsverwaltungen und private Haus- und Grundeigentümer haben kaum Interessen, zu einer von der Politik gewünschten Quartier- oder Gemeindeentwicklung beizutragen. Dies ist ein schwieriges Thema und der Gemeinderat sieht hier keine grossen Chancen. Fünftens: Früherkennung/Frühförderung. Der Fachausschuss Früherkennung wird gemäss Vorschau 2013 neu konstituiert und wird die Anliegen der Früherkennung und Frühförderung soweit als möglich erfüllen. Fazit: Die meisten Anliegen des Postulats sind durch die Gemeinde soweit als möglich realisiert. Einige sind unter Berücksichtigung der realen Gegebenheiten unverhältnismässig. Andere sind nicht oder nur durch Bemühungen Dritter realisierbar. Der Gemeinderat beantragt dem Grossen Gemeinderat, dieses Postulat als nicht erheblich zu erklären.

Maccaferri-Iseli Barbara, FDP: Die Unterstützung der ausländischen Wohnbevölkerung bei den Integrationsbemühungen ist nötig, darf aber nicht zur Einbahnstrasse verkommen. Jeder Einzelne steht in der Pflicht sein möglichstes zu tun, um eine Integration zum Erfolg zu führen. Die FDP begrüsst es sehr, dass aus dem im Vorstoss erwähnten Bericht der Spezialkommission zur Förderung der ausländischen Wohnbevölkerung von den 24 Empfehlungen bereits 11 umgesetzt werden konnten. Vier Empfehlungen konnten teilweise bereits umgesetzt werden. Wie Hanspeter Stoll bereits erwähnt hat, ist die Umsetzung von Integrationsmassnahmen nicht alleine Sache der Gemeinde, sondern betrifft ebenso die Kirche, Schule, Vereine, Organisationen oder Institutionen. Deshalb sollten durch die Gemeinde nur Massnahmen geprüft werden, die praktisch auch umsetzbar sind und die Kosten sich in Grenzen halten. Wie der Vorschau 2013 zu entnehmen ist und bereits von

Hanspeter Stoll erwähnt wurde, ist im Jahr 2013 vorgesehen, den Fachausschuss Früherkennung/Frühförderung wieder ins Leben zu rufen, der sich bereits im Jahr 2006 konstituiert hat. Die FDP ist der Ansicht, dass bereits genügend Angebote und Massnahmen bestehen, um die ausländische Wohnbevölkerung zu integrieren. Aus den genannten Gründen lehnt die FDP das Postulat ab.

Beschluss:

Das Postulat der SP-Fraktion betreffend Integration jetzt wird grossmehrheitlich als nicht erheblich erklärt.

Postulat der FDP-Fraktion betreffend Wirtschaftsstrategie

Worb 2020

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 339	15.10.2012	10	2009/12-413	600	31/60

Lädrach Markus, FDP: Das Anliegen der FDP ist im Postulat ersichtlich. Ich versuche die Bedürfnisse noch im anderen Worte zu begründen. Wer heute die Website der Gemeinde Worb besucht, kann unter den Entwicklungszielen für Worb lesen: „Leitsatz 2 Regionalzentrum: Die Gemeinde Worb stärkt ihre Position als regionales Zentrum und als Brücke zwischen Stadt und Land.“ Dies ist auch die Botschaft, welche in der Bevölkerung bekannt ist. Als Mitglied der Regionalkonferenz Bern war der Gemeinderat aufgefordert, Ende Februar 2012 zum Entwurf der Strategie 2020 der wirtschaftlichen Entwicklung des Wirtschaftsraumes Bern Stellung zu nehmen. Die Antwort des Gemeinderates war positiv. Nach Abschluss der Vernehmlassung in den Gemeinden wurde diese Strategie am 21. Juni 2012 im Rütthubelbad von der Regionalkonferenz verabschiedet und ist somit gültig. Sie gilt insbesondere für Worb, da Worb Mitglied der Teilkonferenz Wirtschaft ist. Die beiden Strategien passen nicht zusammen. Der Wirtschaftsraum Bern positioniert sich im Wettbewerb gegen die Metropolitanräume ZH, BS, GE und setzt auf die Stärken der Hauptstadtregion. Bern setzt auf seine regionale Wirtschaftsförderung, auf Cleantech, Medtech und auf das Politzentrum. Es wird behauptet, dass alle Gemeinden der Regionalkonferenz als Folge profitieren werden, wenn es Bern gut geht. Worb will Regionalzentrum sein und kämpft gegen die Abwanderung von Einwohnern, Kunden, Arbeitsplätzen Richtung Bern oder in attraktivere Gemeinden der Region. Unser Ziel wäre eigentlich, innerhalb der Region Bern-Ost an Attraktivität gewinnen zu können. Wer jemals Strategien entwickeln und umsetzen musste, weiss, dass es nichts Schlimmeres gibt als Widersprüche, wenn nicht klar ist, wohin die Reise hingehen soll. Dies führt unweigerlich zum Scheitern und zum Stillstand. Für die Entwicklung von Worb ist es unabdingbar, dass wir eine gültige, breit abgestützte Wirtschaftsstrategie haben. Daher fordert das Postulat die Erarbeitung einer Strategie 2020 zur wirtschaftlichen Entwicklung von Worb und zur Positionierung innerhalb des Wirtschaftsraumes mit messbaren Entwicklungszielen für die nächsten acht Jahre. Ein erneutes Überarbeiten und Gutheissen der bisherigen Massnahmeblätter in der neuen Legislatur genügt nicht. Wir bitten Sie, das Postulat zu unterstützen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Der Gemeinderat beantragt dem Grossen Gemeinderat, das Postulat der FDP-Fraktion als erheblich zu erklären. Anfang des nächsten Jahres wird der Gemeinderat die Legislaturziele für die Jahre 2013 bis 2016 erarbeiten. In diesem Zusammenhang wird er prüfen und entscheiden, ob eine Wirtschaftsstrategie Worb 2020

erarbeitet und umgesetzt werden soll. Nachdem Anfang 2012 verschiedene Detailhandelsgeschäfte geschlossen haben, kam der Gemeinderat wie die FDP-Fraktion zur Einschätzung, dass die bisherige Zielsetzung eines Regionalzentrums kritisch hinterfragt werden muss. Aus diesem Grund hat er die Gesellschaft für Standortanalysen und Planungen AG beauftragt, eine Standortanalyse für die Gemeinde Worb durchzuführen. Diese hat Analyseergebnisse am 17. September 2012 vorgelegt. Die Ortsmarketingkommission wird basierend auf diesen Ergebnissen Ziele, Strategien und Massnahmen zur Förderung der Standortattraktivität von Worb formulieren. Diese dienen dann als Grundlage für die gemeinderätliche Legislaturplanung 2013 bis 2016. Zur Kritik der FDP-Fraktion betreffend der Umfrage des Wirtschaftsraums Bern zur Strategie 2020 erlaubt sich der Gemeinderat folgende Bemerkung: Die gemeinderätliche Stellungnahme zu dieser Umfrage ist von der Ortsmarketing-Kommission erarbeitet worden. In dieser Kommission sind die Parteien SVP, SP, FDP und EVP vertreten. Dazu hat es eine Vertretung des Vereins Worber Gwärb und ein Vertretung des Ortsvereins Worb in dieser Kommission. Der Vorwurf, die Stellungnahme sei ohne Rücksprache mit den direkt betroffenen Kreisen erarbeitet worden, trifft deshalb nicht zu.

Beschluss:

Das Postulat der FDP-Fraktion betreffend Wirtschaftsstrategie Worb 2020 wird grossmehrheitlich als erheblich erklärt

Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Verkehrssanierung Worb - Projektelement Umgestaltung Dorfzentrum

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 339	15.10.2012	11	2009/12-414	546	31/6/1

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Ich gehe gerne auf sieben die Fragen ein, welche die SVP im Zusammenhang mit der Verkehrssanierung stellt. Der Lead ist beim Kanton. Die Gemeinde ist nur in den Anschlussbereichen betroffen und kann gemeindespezifische Ergänzungen bestellen, die sie dann aber selber finanzieren muss. Nach Abschluss des Projekts wird die Gemeinde die Bahnhof- und die Bernstrasse zu Eigentum und Unterhalt übernehmen. Das strategische Projektorgan ist der Lenkungsausschuss. Ihm gehören der Kreisoberingenieur, Vertreter des Regionalverkehrs Bern-Solothurn, der Gemeindepräsident, der Leiter der Bauabteilung und die verschiedenen Projektleiter an, so beispielsweise unser Tiefbauleiter Stephan Hauri, dem Projektleiter des Hochwasserschutzprojektes Worble. Die Gesamtprojektleitung liegt bei Adrian Gygli vom Obergeringenieurkreis II. Funktioniert die Zusammenarbeit mit Kanton und Gemeinde zufriedenstellend? Die Zusammenarbeit läuft sehr gut. Die Kontakte, wie Sitzungen, Besprechungen und Telefonate, finden in der Regel wöchentlich statt. Die Verantwortlichen haben per Internet direkten Zugriff auf die aktuell gültigen Planunterlagen. Das Projekt zur Umgestaltung der Bern- und Bahnhofstrasse hat ein Worber-Team erarbeitet. Das Projekt ging 1993 in die öffentliche Mitwirkung, wo sich alle Betroffenen einbringen konnten. Im Rahmen der öffentlichen Planaufgabe im Jahr 1997 haben die Betroffenen erneut Gelegenheit, ihre konkreten Anliegen einzubringen. Einzelgespräche mit den Betroffenen sind im März 1997 durchgeführt worden. In Zusammenhang mit der Verkehrsberuhigung der Bernstrasse ist im Jahr 2002 erneut eine öffentliche Mitwirkung durchgeführt worden, die Planaufgabe fand dann im Jahr

2004 statt und im Februar 2006 konnte der ganze Strassenplan dann schliesslich genehmigt werden. Im Rahmen des ganzen Verfahrens sind diverse Gespräche mit Gewerbetreibenden durchgeführt worden. Ihre Anliegen sind im heute gültigen und genehmigten Strassenplan berücksichtigt worden, soweit sie verhältnismässig und mit einem Strassenbauprojekt umsetzbar gewesen sind. Der Bereich zwischen Bahnhof, Altersheim und Schulhaus muss jetzt aufgrund von parlamentarischen Vorstössen nochmals überprüft werden. Entsprechende finanzielle Mittel sind im Finanzplan aufgeführt. Mit dem Rückbau und der Umgestaltung von Bern- und Bahnhofstrasse erhalten diese Strassenabschnitte einen wohnlichen und ruhigen Charakter. Während den Laden- und den üblichen Geschäftsöffnungszeiten können sich die Geschäfte und Restaurants auf die beruhigten Verkehrsströme ausrichten. Die Geschäfte und Restaurants sind für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer besser erreichbar und für den motorisierten Individualverkehr hat es zahlreiche Parkplätze. Die meisten Massnahmen, die im Rahmen der Umgestaltung nötig sind, können auf der heutigen Kantonsstrassenparzelle umgesetzt werden. Bei einzelnen privaten Grundeigentümern können aber kleinere Anpassungen nicht umgangen werden. Der Kanton hat erste konkrete Gespräche mit den betroffenen Grundeigentümern bereits im Rahmen des Strassenplanverfahrens geführt. Diese Gespräche werden voraussichtlich im Jahr 2013 wieder aufgenommen. In einer Woche, am 22. Oktober 2012, werden wir für die Anwohner eine Veranstaltung durchführen, während der sie über die vorgesehenen Massnahmen zur Verkehrsberuhigung informiert werden. Ob das Land abgekauft oder abgetauscht werden soll, wird mit den jeweiligen Grundeigentümern im Rahmen der Landerwerbsverhandlungen geprüft. Die Anzahl Parkplätze wird erhöht. Entlang der Bahnhofstrasse sollen 29 und entlang der Bernstrasse 17 öffentliche Parkplätze entstehen. Zusätzlich werden westlich des RBS-Bahnübergangs 23 neue Parkplätze gebaut. Gemäss genehmigtem Strassenplan 2006 sind Sperrungen für den motorisierten Verkehr möglich. Wichtig ist: Eine Sperrung wird dann vorgenommen werden, wenn pro Tag trotz Umfahrung und Umgestaltung von Bahnhofstrasse und Bernstrasse durchschnittlich mehr als 4'000 Fahrzeuge durch Worb fahren. All diese baulichen Massnahmen sollen dazu dienen, dass der Verkehr durch das Dorf auf ein erträgliches Mass reduziert und insbesondere die Lärmbelastung in der Nacht möglichst eliminiert werden kann. Sollte sich eine Sperrung als notwendig erweisen, so würde die Bernstrasse im Bereich der Comat AG und die Bahnhofstrasse im Bereich Hirschenplatz temporär gesperrt. Eine solche Sperrung würde bei der Bernstrasse sinnvollerweise während der Stosszeiten, in der Nacht und an Sonn- und Feiertagen vorgenommen, bei der Bahnhofstrasse nur in der Nacht und an Sonn- und Feiertagen. Aber auch bei einer Sperrung der Strassen ist die Zufahrt für Ambulanz, Feuerwehr und Polizei zu allen Liegenschaften jederzeit von einer Seite her gewährleistet. Als bauliche Sperren sind Schranken, Barrieren, Poller sowie diverse Signalisationen möglich. Wie die Sperren im Detail ausgestaltet sind, wird im Rahmen der anstehenden Detailprojektierung festgelegt. Wichtig ist: Eine Sperrung wird dann vorgenommen, wenn trotz Umfahrung und Umgestaltung von Bahnhofstrasse und Bernstrasse pro Tag immer noch mehr durchschnittlich als 4'000 Fahrzeuge durch Worb fahren. Der Kanton wird in diesem Zusammenhang ein Monitoring durchführen, das dann Auskunft über diesen Wert gibt. Der Strassenplan der Verkehrssanierung Worb inkl. Teilprojekte Bahnhofstrasse, Bernstrasse und Rubigenstrasse ist wie erwähnt seit dem Jahr 2006 in Rechtskraft. Gemäss Kanton wird die Ausführungsprojektierung voraussichtlich nächstes Jahr an die Hand genommen. Wenn die Gemeinde eine Planänderung vornehmen möchte, so muss sie einen entsprechenden Antrag beim Kanton einreichen. Diese Planungsänderung müsste dann natürlich wieder den Planungsprozess inkl. öffentlicher Planaufgabe bis zur Genehmigung durchlaufen. Die zusätzlichen Planungs- und Baukosten sind in diesem Fall von der Gemeinde zu tragen. Wichtig ist, dass sämtliche Projektierungsarbeiten inkl. allfälliger Planänderungen rechtzeitig abgeschlossen werden, dass nach

Eröffnung der Spange Süd, also etwa im Jahr 2017, die Umgestaltungsarbeiten an der Bernstrasse und Bahnhofstrasse in Angriff genommen werden können.

Hirsbrunner Bruno, SVP: Eine Ergänzung möchte ich festhalten. Die 23 Parkplätze sind nicht neu, sondern sie sind ein Ersatz für den Wegfall der Parkplätze an der Lauigasse.

Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Kirchgemeindehaus Rüfenacht

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 339	15.10.2012	12	2009/12-415	547	10/27

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Der Gemeinderat hat Kenntnis von den Problemen. Es gab mündliche und schriftliche Kontakte zwischen dem Gemeinderat und dem Kirchgemeinderat. Gemäss den Informationen des Gemeinderates benötigt die Kirchgemeinde keine kurzfristige Hilfe. Das Problem besteht darin, dass die Kirchgemeinde gemäss ihren Angaben nicht über genügend finanzielle Mittel verfügt, um die erforderlichen, mittelfristigen Sanierungen des Kirchgemeindehauses Rüfenacht vorzunehmen. Die Probleme der Kirchgemeinde sind also mittelfristiger und nicht kurzfristiger Natur. Von Seiten der Kirchgemeinde sind Wünsche oder Forderungen eingegangen. Konkret hat sie gewünscht, dass sich die Gemeinde mit jährlich CHF 150'000.- bis 200'000.- an den Kosten des Kirchgemeindehauses beteiligt. Damit könnten die finanziellen Probleme im Zusammenhang mit dem Kirchgemeindehaus nachhaltig gelöst werden und Räume könnten wie bisher der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Der Gemeinderat hat diese Anfrage wie folgt beantwortet: „Der Gemeinderat hat Ihr Anliegen und die Besprechungsergebnisse erörtert und ist zu folgender Einschätzung gekommen: Die reformierte Kirchgemeinde Worb und die Einwohnergemeinde Worb erheben zur Finanzierung ihrer Aufgaben je in eigener Kompetenz Steuern. Eine Aufweichung dieses Grundsatzes durch Quersubventionierungen kommt für den Gemeinderat aus Präjudizgründen nicht in Frage. Die Einwohnergemeinde unterstützt Vereine, die Veranstaltungen im Bärensaal durchführen, indem sie sich an den Mietkosten beteiligt. Aus politischen Gründen ist die Einwohnergemeinde verpflichtet, in Ried und Wattenwil für das wegfallende Schulhaus je einen öffentlich nutzbaren Raum anzubieten. Der Einwohnergemeinde liegen keine Informationen vor, wonach es bedeutende Defizite beim Raumangebot für Vereine geben würde. Es besteht für die Einwohnergemeinde keine Veranlassung, zusätzliche finanzielle Mittel für das Anbieten weiterer öffentlich nutzbarer Räume aufzuwenden. Die finanziellen Mittel der Einwohnergemeinde sind äusserst eingeschränkt. Die Finanzplanung zeigt in den nächsten Jahren massive Defizite. Mit den finanziellen Mitteln muss deshalb äusserst sparsam umgegangen werden. Aufgrund dieser Überlegungen lehnt der Gemeinderat eine Kostenbeteiligung an das Kirchgemeindehaus Rüfenacht im Rahmen von CHF 150'000.- bis 200'000.- ab. Nach wie vor hält er sein Angebot aufrecht, einen Teil der Mietkosten, den Vereine für die Benützung des Kirchgemeindehauses zahlen müssten, zu übernehmen. Also die gleiche Regelung wie im Bärensaal. Gerne ist er bereit, diesen Vorschlag mit der reformierten Kirchgemeinde weiter zu vertiefen.“ Wurden bereits irgendwelche Absichtserklärungen gemacht? Die Gemeinde ist bereit, einen Teil der Kosten zu übernehmen, den Vereine für die Benützung des Kirchgemeindehauses zahlen müssen. Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass Rüfenacht wie jeder andere Ortsteil der Gemeinde über angemessene öffentliche Infrastrukturen verfügt. Allerdings müssen diese Infrastrukturen auch regelmässig

genutzt werden und finanzierbar sein. Das Kirchgemeindehaus ist heute ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Infrastruktur in Rüfenacht. Der Gemeinderat ist sich der Wichtigkeit dieses Treffpunkts bewusst. Der Gemeinderat würde den Wegfall nicht ohne weiteres hinnehmen. Er steht ständig in Kontakt mit der Kirchgemeinde. Gegenwärtig steht das Anliegen der Tagesschule zur Diskussion, dass sie Räume im Kirchgemeindehaus Rüfenacht mieten will, weil sie in der Schulanlage Rüfenacht nicht mehr genügend Platz findet. Mit einer solchen Nutzung wird die finanzielle Situation des Kirchgemeindehauses teilweise entlastet.

Sitzungsende 22:45 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Heinz Stauffer
Präsident

Monika Gfeller
Protokollführerin

Genehmigung Genehmigt in der Sitzung vom 10. Dezember 2012.

Thomas Wälti
Sekretär